

Hamburg University Press

100 Jahre

Hauptgebäude

der Universität Hamburg



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Hamburger
Universitätsreden 18
NEUE FOLGE

**100 Jahre Hauptgebäude
der Universität Hamburg**

Hamburger Universitätsreden

Neue Folge 18

Herausgeber:

Der Präsident der Universität Hamburg

100 Jahre Hauptgebäude der Universität Hamburg

**Reden der Festveranstaltung
am 13. Mai 2011**

und anlässlich der
Benennung der Hörsäle H und K
im Hauptgebäude der Universität
nach dem Sozialökonom
Eduard Heimann (1889–1967)
und dem Juristen
Albrecht Mendelssohn Bartholdy (1874–1936)

Hamburg University Press
Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
Carl von Ossietzky

INHALT

- 7 BEGRÜSSUNG
des Universitätspräsidenten
Dieter Lenzen
- 13 GRUSSWORT
der Senatorin für Wissenschaft und Forschung
Dorothee Stapelfeldt
- 19 FESTVORTRAG
Heinz-Elmar Tenorth:
Universität in der Stadt – Wissenschaft für die Gesellschaft
- 45 STUDENTISCHER BEITRAG
Till Petersen:
Verhältnisse schaffen, welche die Barbarei unmöglich machen
- WÜRDIGUNG DES NAMENSGEBERS FÜR HÖRSAAL H
- 51 Zeittafel Eduard Heimann
- 53 Heinz Rieter:
Eduard Heimann (1889–1967)
- WÜRDIGUNG DES NAMENSGEBERS FÜR HÖRSAAL K
- 63 Zeittafel Albrecht Mendelssohn Bartholdy
- 65 Rainer Nicolaysen:
Albrecht Mendelssohn Bartholdy (1874–1936)
- 73 REDNERINNEN UND REDNER
- 75 GESAMTVERZEICHNIS DER BISHERIGEN
HAMBURGER UNIVERSITÄTSREDEN
- 82 IMPRESSUM

GRUSSWORT DES UNIVERSITÄTSPRÄSIDENTEN

DIETER LENZEN

„Irgendwann sagen Denkmäler nichts mehr“, schreibt der Historiker Peter Steinbach in seinem Aufsatz „Symbolische Formen des Gedenkens“ im Jahre 2006. Dieses Gebäude, das Hauptgebäude der Universität Hamburg, ist ein Denkmal, wenngleich es dafür nicht errichtet wurde.

Wenn wir an seine Errichtung erinnern, dann machen wir es zu einem Denkmal. Dafür muss es mehr Gründe geben als die zehn mal zehn Jahre, Resultat der kontingenten Entscheidung eines Papstes, dem Dezimalsystem einen Vorrang gegenüber dem Duodezimalsystem einzuräumen.

Wenn es uns indessen gelingt, dieses Haus – genauer seine Geschichte – zu dem zu machen, wozu Denkmäler dienen, zu einer identifizierungsfähigen Funktionalität, dann hätte unsere Universität etwas, was ihr bis dato ein wenig zu fehlen scheint: einen Ort ihrer selbst, *sui generis*, eine materialisierte historische und damit zeitlich gebundene Deutung eines Gründungsaktes und daraus vielleicht so etwas wie einen Auftrag, zumindest solange, wie öffentlich Bedienstete, der Academia zumal, bereit sind, Aufträge entgegenzunehmen.

Was dieser präsentische Auftrag sein könnte, das mögen wir vielleicht ein wenig klarer sehen, wenn der Festredner des heutigen Tages, der, und ich sage: *der* Bildungshistoriker Heinz-Elmar Tenorth zu uns gesprochen haben wird. Ich danke Dir herzlich, wir danken Dir, dass Du diese Aufgabe heute übernimmst.

„Wer glaubt“, so schreibt Steinbach in dem eingangs erwähnten Aufsatz, „durch Geschichtsdeutungen, die an Gedenkstätten

und Mahnmale geknüpft werden, versöhnen zu können, muss angesichts der Konflikte, die geschichtliche Entwicklungen – häufig bis zur Katastrophe – vorangetragen haben, irren, weil jede präsentische Deutung der Vergangenheit auch die Positionen berühren muss, die vergangene Entwicklungen forciert haben.“

Diese Einsicht gilt auch für dieses Gebäude. Denn es war dieser Bau, in dem auch diejenigen unterrichtet haben, die in der Zeit des Faschismus ihr Leben verloren oder Deutschland verlassen mussten. Mit der Bezeichnung der Hörsäle nach ihren Namen, eine Reihe, die wir heute fortsetzen wollen, wird dieses Haus also nicht nur zu einer Gedenkstätte des Gründergeistes nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, sondern durch unseren Verweis auf jene Namen unzweifelhaft zu einer Gedenkstätte. Das bedeutet aber auch, dass das Gedenken nicht mit dem Transformationsakt eines Gründungsgebäudes in ein Mahnmal gegen Ignoranz und Feigheit derjenigen enden kann, die nicht widerstanden haben, obwohl sie wissen mussten. Die Aufgabe beginnt erst an dieser Stelle und sie weist weit über die Besorgnis hinaus, dass Faschistisches sich wiederholen könnte, darauf hin, dass der Verlust der Freiheit von vielen Seiten droht, dass also das Akademische als solches stets gefährdet ist.

Es ist immer dann gefährdet, wenn es sich zu außerwissenschaftlichen Zwecken funktionalisieren lässt. Das gilt nicht nur für die Monstrositäten von Rassismus und Völkermord, sondern auch für die kleinen Arrangements, die scheinbar lässlichen des akademischen Alltags, seien es Gefälligkeitspromotionen, Parteigutachten, die etwas bestätigen sollen, was politisch dringend gewollt und womöglich auch noch gut bezahlt wird, seien es Forschungsrichtungen, die einem anderen als dem einzig gültigen Zweck, nämlich der Wissenschaft und damit der Gemeinschaft, dienen, die sie finanziert.

Aus diesem Grund dürfen wir auch dieses Haus nicht funktionalisieren und das in ihm stattfindende Gedenken erst recht nicht. Es hat eine Grenze. Sie verläuft dort, wo die Inszenierung des Gedenkens nicht mehr geeignet wäre, Konsens zu stiften. Vielleicht muss ja auch gar nicht gestiftet, sondern allererst wieder herbeigerufen werden. Es lässt sich auf eine einfache Formel bringen: Niemandem und keiner Sache ist erlaubt, von Wissenschaft etwas zu verlangen, was ihr nicht inhärent ist, außer dem Streben nach Wahrheit und Gewissheit.

Wenn wir also heute zwei weitere Hörsäle mit den Namen zweier akademischer Opfer versehen, dann nicht im Sinne einer betulichen Reminiszenz oder gar einer „Bewältigung“. Insofern ist es richtig, mit diesem Haus als einer Gedenkstätte nicht zu versuchen, eine Interpretationshoheit über die Geschichte erlangen zu wollen, sondern „die Deutung der Vergangenheit offen zu halten“ (Steinbach), allerdings vor dem Horizont von Wahrheit und Gewissheit. Dabei bedarf es keiner Belehrung darüber, dass es *die* Wahrheit nicht gibt und dass Gewissheit immer nur auf Widerruf besteht, bis vor das nächste wissenschaftliche Resultat, das mit ihr aufräumt. Klar doch: Diese Prozesse folgen Interessen, zulässigen und unzulässigen.

Die Universität ist dafür da, die einen von den anderen unterscheiden zu lehren, sie aufzudecken, wo sie verborgen sind, und sie daraufhin zu befragen, ob sie vor dem Horizont des einen einzigen Lebens, über das jeder von uns verfügt, sittlich erlaubt sein können. Sie sind es dann, wenn sie sich vor dem Horizont des guten Lebens, des guten Lebens nicht nur einiger, rechtfertigen können.

Dabei soll dieses Haus also denken helfen. Gedacht, nachgedacht wird überall in der Wissenschaft, sonst wäre sie keine Wissenschaft.

Für das Nachdenken indessen, der Legitimität des wissenschaftlichen wie außerwissenschaftlichen Tuns, haben mit den Methoden der Hermeneutik, der qualitativen Analyse, der Kritik unberechtigter Ideologien und der Aufdeckung partikularer Interessen die Geisteswissenschaften im Verlauf ihrer Geschichte eine erhebliche Expertise gewonnen.

Nicht zufällig weisen einige Gutachten über unsere Anträge im Exzellenzwettbewerb darauf hin, dass die, auch ethische, Reflexion ebenso wie die theoretische noch ausbaufähig sei. Damit unsere Geisteswissenschaften bei dieser Entwicklung hilfreich sein können, kann ihnen ein Ort historischen Denkens, eher vielleicht als ein Turm, und schon gar der elfenbeinerne, hilfreich sein.

Das war der Grund, weswegen schon vor fünfzehn Jahren der Vorschlag entwickelt wurde, aus diesem Haus ein kulturwissenschaftliches Zentrum der Universität zu machen. Das Präsidium hat sich deshalb dafür entschieden, dieses Gebäude für diesen Zweck herzugeben und gemeinsam mit den versprengten Teilen der Verwaltung ein dafür geeigneteres Gebäude zu beziehen. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam die Chance ergreifen, mit dieser Lokalitätsentscheidung die besondere Rolle der Geisteswissenschaften für die Universität im Allgemeinen, aber in Sonderheit für diese Universität zum Ausdruck zu bringen. Das bedeutet allerdings auch, dass die Geisteswissenschaften im weiteren Sinne, wozu zweifellos auch Teile der Sozialwissenschaften gehören, diese Aufgabe anzunehmen bereit sind, in Freiheit, aber nicht nur in Einsamkeit, denn erfolgreich können wir damit nur sein, wenn wir uns gemeinsam größere Projekte der Dokumentation, des Verstehens und des Entwerfens von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft vornehmen. Vielleicht kann die Idee, Wissenschaft in ihrer Gänze – und nicht nur ihre Objekte – nachhaltig zu stellen, dabei ein Impulsgeber sein.

Ohne eine annehmbare Deutung der Vergangenheit wird das nicht möglich sein. Deshalb bin ich so neugierig auf unseren Gastredner, Heinz-Elmar Tenorth von der Humboldt-Universität zu Berlin. Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth wurde 1944 geboren. Von 1991 bis 2011 hatte er einen Lehrstuhl am Institut für Erziehungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Von 1997 bis 1999 war er Dekan der Philosophischen Fakultät an der HU, von 2000 bis 2005 Vizepräsident für Lehre und Studium. Seit 2004 ist er Mitglied des Vorstands des „Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen“ (IQB) der Länder der Bundesrepublik Deutschland an der HU. Seine Forschung und Lehre gelten u. a. der historischen Erziehungswissenschaft sowie der Geschichte pädagogischen Denkens und pädagogischer Institutionen.

Heinz-Elmar Tenorth ist Mitglied der Leopoldina – der Deutschen Akademie der Naturforscher – und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. 2010 edierte er im Akademie-Verlag Berlin drei Bände zur Disziplingeschichte der Humboldt-Universität anlässlich ihres 200-jährigen Jubiläums. Derzeit ist er mit der Edition der noch fehlenden weiteren drei Bände beschäftigt.

Ich wünsche unserer Universität die Kraft, auf der Folie ihrer Vergangenheit Zukunft ihrer Wissenschaften zu entwerfen.

GRUSSWORT
DER SENATORIN FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG
DOROTHEE STAPELFELDT

Sehr geehrter Herr Prof. Lenzen,
sehr geehrter Herr Prof. Tenorth,
sehr geehrter Herr Ehrenbürger Prof. Greve,
sehr geehrter Herr Petersen,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir feiern heute die Übergabe des Hauptgebäudes an die Hamburger Bürgerinnen und Bürger vor hundert Jahren. Ich freue mich sehr, zu diesem besonderen Anlass zu Ihnen zu sprechen.

Dieses Vorlesungsgebäude war der Ausgangspunkt für die Universität im Herzen der Stadt. Dieses Hauptgebäude ist auch eines, das sich mit meiner persönlichen Entwicklung tief verbindet. Deshalb gestatten Sie in dieser feierlichen Veranstaltung einige persönliche Anmerkungen.

In diesen Tagen sprechen die Mitglieder der Hamburger Hochschulen darüber, wie es mit den Hochschulen finanziell weitergeht. Wer mich kennt, weiß, dass ich mich seit fast dreißig Jahren für diese Hochschulen einsetze, ihre Entwicklung fördere. Wer mich kennt, weiß, was mich mit den Hochschulen persönlich verbindet, wie meine inhaltlichen Ziele sind und wie ich mich für diese eingesetzt habe. Die dramatische Haushaltslage in der Stadt bedeutet, dass dieser Weg zu den Zielen etwas länger dauern wird, als jeder von uns dachte. Wir können Realität nicht ignorieren.

Vorlesungsgebäude: So hieß das heutige Hauptgebäude der Universität heute vor genau hundert Jahren. Aus diesem Begriff wird zum einen deutlich, dass es für Vorlesungen und auf Sicht

für universitäre Zwecke genutzt werden sollte. Zum anderen hatte es aber diesen Namen erhalten, weil es eben noch keine Universität in Hamburg gab. Die „Hamburgische Universität“ wurde erst im Jahre 1919 nach einem Beschluss der ersten demokratisch gewählten Hamburgischen Bürgerschaft gegründet. Die Universität Hamburg ist damit die erste demokratische Universitätsgründung in Deutschland.

Zuvor hatte sich Hamburg lange Zeit nicht so recht zur Gründung einer Universität durchringen können. Nicht wenige der Hamburger Kaufleute hielten eine solche Lehranstalt schlicht für überflüssig. Es bedurfte einer großzügigen Initiative und Spende des Kaufmanns Edmund J. A. Siemers, damit das Vorlesungsgebäude gebaut wurde, was verdeutlicht, dass auch in der Hamburger Kaufmannschaft viele weitsichtig zum Wohle ihrer Vaterstadt wirkten. Edmund Siemers war es, der den Bau anstieß und der Stadt schenkte, der am Ende 1,5 Millionen Mark dafür bezahlte und gegenüber dem damaligen Bürgermeister Mönckeberg den prominenten Standort im Herzen der Stadt durchsetzte.

Mir gefällt die Anekdote sehr gut, welche Kurt Hartwig Siemers, der Enkel von Edmund Siemers, zur Feier seines eigenen 70. Geburtstages erzählte. Er, der 1907 geboren wurde, sei von seiner Mutter im Kinderwagen über die Moorweide geschoben worden. Zugleich seien die ersten Grundfesten für das neue Vorlesungsgebäude lautstark in den Boden gerammt worden, was ihn erschreckt und zum Weinen gebracht habe. Seine Mutter habe versucht, ihn mit den Worten zu beruhigen: „Mein Junge, wein' man nicht, hier wird nur dein Erbteil verpufft.“

Auch in späteren Jahrzehnten und auch heute noch ist es jenen hoch anzurechnen, die Teile ihres Vermögens spenden. Hier im Hauptgebäude der Universität möchte ich deshalb auch noch

einmal Hannelore und Helmut Greve herzlich danken, deren großzügiger Spende wir die Erweiterung des Gebäudes um seine beiden Flügelbauten verdanken. Auch dies ist ein Bekenntnis der Bürger zu der Universität im Herzen der Stadt. Ich möchte an dieser Stelle klarstellen: Ich verstehe mein Amt als Interessenvertretung der Wissenschaft in Hamburg! Hamburg soll sich zur Wissenschaftsstadt entwickeln. Dazu braucht es gute Lehre und gute Forschung in guten Räumen. Das gilt es, in den kommenden Jahren zu finanzieren – auch in einer ausgesprochen schwierigen Haushaltssituation, die wir vorgefunden haben.

Da wir heute den Bau des Hauptgebäudes der Universität vor hundert Jahren feiern, gestatten Sie bitte, dass ich dies auch am Beispiel der Bauinvestitionen für die Hamburger Hochschulen deutlich mache. In den vergangenen Jahren, im letzten Jahrzehnt, wurde kaum in den Erhalt der Bausubstanz insbesondere der Universität investiert. Von der unterlassenen Werterhaltung der Gebäude wurde zusätzlich durch die Verlagerungsdiskussion abgelenkt. Immerhin stand am Ende die richtige Entscheidung, die Universität an ihrem Standort in Eimsbüttel zu modernisieren. Die Universität Hamburg gehört hierhin, in das Herz Hamburgs, wo sie hervorragend in die Stadt und den Stadtteil integriert ist. Hierhin, wo bereits Edmund Siemers das „Vorlesungsgebäude“ in weiser Voraussicht unbedingt bauen lassen wollte. Der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf ist sehr hoch. Zudem gibt es unbestreitbar zusätzliche Raumbedarfe, die dringend erfüllt werden müssen.

Über dem Eingang des Hauptgebäudes der Universität steht: „Der Forschung, der Lehre, der Bildung“. Will man für Forschung, Lehre und Bildung an der Universität angemessene, moderne und ausreichend dimensionierte Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, werden wir hohe dreistellige Millionenbeträge aufbringen müssen. Hinzu kommen nicht unerhebliche Beträge für die

übrigen Hamburger Hochschulen. Alleine bis 2016 werden rund 800 Millionen Euro für wichtige Bauvorhaben benötigt. Eine Vorsorge dafür ist leider kaum getroffen. Nach den Plänen des alten Senats würden ab 2014 lediglich 20 Millionen für die Hochschulen und das UKE zur Verfügung stehen.

Trotz dieser ausgesprochen schwierigen, um nicht zu sagen dramatischen Ausgangslage ist der Senat fest entschlossen, die notwendigen finanziellen Mittel für die Weiterentwicklung der Universität zur Verfügung zu stellen! Im Zentrum stehen dabei zunächst Neubauten an der Bundesstraße für den KlimaCampus, für das MIN-Zentralgebäude und für die Informatik. Nach Fertigstellung dieser Neubauten kann das Geomatikum saniert werden. Aber auch die Lehr-, Lern- und Forschungsbedingungen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer am Von-Melle-Park müssen verbessert werden. Dazu will ich in einem offenen Prozess mit der Universität die Entwicklungsoptionen durch Neubauten, Sanierungen und funktionale Nutzungen der jeweiligen Gebäude diskutieren und anschließend sachgerechte Entscheidungen zum Wohle der Universität treffen.

Vor uns steht insoweit ein großer finanzieller und damit auch politischer Kraftakt. Wissenschaft hat eine große Bedeutung für die Lebenschancen der Menschen und deren individuelle Entwicklungsperspektiven. Sie ist aber vor allem wesentlich für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dafür werde ich mich einsetzen.

Vielen Dank!

FESTVORTRAG

HEINZ-ELMAR TENORTH

UNIVERSITÄT IN DER STADT – WISSENSCHAFT FÜR DIE GESELLSCHAFT¹

I.

Jubiläen bringen es an den Tag: Das Wissenschaftssystem in Deutschland hat seine eigene Dynamik. Politisch beflügelt oder gelähmt (je nach Standpunkt) ergibt sich ein Rhythmus wie z. B. bei der Bologna-Reform: zehn Jahre Aktivitäten, zehn Jahre kontinuierliches Nachbessern, Dauerstreit. Politische Ereignisse setzen aber auch langfristig wirksame Zäsuren – 1933, 1945 oder 1990 konnte man das erleben, aber da war neben der Zäsur gleichzeitig immer auch Kontinuität gegeben, z. B. eine Bestätigung alter Formen von Universität und Wissenschaft, denkt man – jetzt aus Berliner Perspektive – etwa an die Gründung der Freien Universität 1948 gegen die Universität in der Mitte der Stadt oder an die Übernahme des bundesrepublikanischen Wissenschaftssystems 1990.

Wirklich Struktur verändernde und gar ganz neue Strukturen erzeugende Ereignisse sind selten, sie haben anscheinend auch einen Rhythmus, der auf Zeiten langer Dauer basiert und eher der Eigenlogik von Wissenschaft folgt. Hundert Jahre sind offenbar das deutsche Maß: 1810/11 – 1911 – 2010/11. So würde ich für das moderne Wissenschaftssystem die Zeitpunkte thesenhaft verdichten und auf symbolische Ereignisse zuspitzen: Die symbolische Repräsentation der modernen Forschungsuniversität z. B. ist, nach langen Vorarbeiten in Jena oder Göttingen, in der Berliner Gründung 1810 gegeben, und zwar reflexiv und institutionell, in der Selbstbeschreibung wie in der Fremdbeobachtung. Die Krise des damit konstituierten Wissenschaftssystems wird am Beginn des 20. Jahrhunderts sichtbar und sie

manifestiert sich, 1911, in zäsursetzenden neuen Optionen: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nimmt in Berlin ihre Arbeit auf (und lebt bis heute in der Max-Planck-Gesellschaft fort), die deutsche Universität wird städtisch und lokal modernisiert, in konflikthaften Etappen, für die ebenfalls das Jahr 1911 steht – in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt am Main wird im Frühjahr 1911 die erste Stiftungsuniversität in Deutschland beraten und beschlossen und in Hamburg wird das Vorlesungsgebäude eröffnet. Und ob 2010/11, Zieljahr der Bologna-Reform und vorläufiger Abschluss der Exzellenz-Initiative, erneut eine solche Zäsur bedeutet, das wird am Ende zu fragen sein, wenn die Strukturen gezeigt sind, die seit 1911 das Wissenschaftssystem in Deutschland nachhaltig prägen, im Grunde bis heute, neu thematisiert in Bologna-Reformen und Exzellenz-Programmen. Bevor ich das näher erläutere, ja zuerst und vorher, habe ich natürlich das Problem, dass die dem Festakt vielleicht angemessene freundliche Stilisierung – „100 Jahre Hauptgebäude der Universität Hamburg“ als Zäsur setzendes Ereignis im deutschen Wissenschaftssystem – nicht verdecken kann, dass die Universität erst 1919 gegründet wurde. Ein erschliches Jubiläum also – oder sogar eine Niederlage für die Universitätspläne, die ja 1911/12 die Eröffnung des Hauptgebäudes begleitet, als Gründungsakt und Zäsur?

Man könnte so argumentieren, wenn man allein die Hamburger Ereignisse und die konfliktvolle Gründungsgeschichte der Universität aus der lokalen Binnenperspektive in den Blick nimmt, die irritierenden Abstimmungsniederlagen in der Bürgerschaft² mit dem so erstaunlichen Bündnis von Sozialdemokraten und konservativen Kaufleuten, aber, und trotz solch scheinbar eindeutiger Rückschläge, aus der Perspektive des deutschen Wissenschaftssystems sind es gerade die Stiftung von Siemens und die Niederlagen von Melles in Hamburg, die Debatte in

Frankfurt und die KWG-Gründung, die in ihrem Zusammenhang Signifikanz gewinnen, schon bei den Zeitgenossen.³

Es ist dann doch das Symboljahr 1911, das eine nähere Betrachtung lohnt. Insofern, worin besteht die Zäsur, die mit diesen drei Ereigniskomplexen in Berlin, Frankfurt und Hamburg bezeichnet wird?

- Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1910 angekündigt, 1911 vollzogen, ist ein Signal dafür, dass sich die Universität als der nahezu einzige (auch gegenüber dem damaligen Akademie-Modell),⁴ jedenfalls als der im staatlich-öffentlichen Wissenschaftssystem dominierende Ort der Forschung nicht mehr unbefragt behaupten kann, dass vielmehr angesichts der Anforderungen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft im 20. Jahrhundert neue Organisations- und Finanzierungsformen gesucht werden müssen.
- In den Beratungen über die Gründung der Stiftungsuniversität Frankfurt am Main werden gegenüber dem bisherigen Staatsmonopol neue Formen der Finanzierung und der Organisation der Universität gesucht, und zugleich wird die innere Struktur der Universität selbst, ihre Verwaltung und ihre disziplinäre Verfassung, zum Thema der aktiven Gestaltung.
- In Hamburg schließlich wird, im Scheitern wie in der Gründung der Universität, auch in der Schenkung des Vorlesungsgebäudes, die Rolle der Universität in der Stadt und die Frage der politischen und öffentlichen Rolle von Wissenschaft in der Gesellschaft thematisch. An den Konflikten über diese Frage scheitert die Gründung zwar zunächst, in den offenen Fragen der Verfassung der Universität seit den Universitätsgesetzen von 1919 und 1921 wiederholt sich aber das Thema und es bleibt bis in die aktuelle Diskussion und Selbstbeschreibung der Universität⁵ präsent, als die offene Frage nämlich, was

„Demokratisierung der Universität“ oder Universität in der Demokratie bedeuten kann.

Diese drei Strukturprobleme – der Forschung, der Verfassung und der öffentlichen Rolle der Universität – sind es, die sich für mich mit 1911 verbinden, und zwar zäsurhaft; denn sie werden dort nicht nur diskutiert, sondern bearbeitet – in langfristigen Lösungen, in universitären Neugründungen und in der konflikthafter Eröffnung und kontinuierlichen Bearbeitung einer Frage, die in aller Brisanz 1911 aufgeworfen wird, aber bis heute keine Lösung hat. Aus der Distanz gesehen kann man die Debatten und Ereignisse von 1911 zugleich als ein Exempel für Differenzierung im Wissenschaftssystem lesen und deshalb aus der historischen Analyse zugleich für eine Strategie der Veränderung des Wissenschaftssystems sensibel werden, die der Wissenschaftsrat erneut – 2010, also auch hundert Jahre später – als Strategie der Erneuerung empfiehlt.⁶ Werfen Sie deshalb mit mir einen Blick auf diese drei Dimensionen der Zäsur des Wissenschaftssystems in Deutschland, nicht zuletzt um den historischen Platz zu sehen, in dem unser heutiger Festakt jenseits der lokalen Freude nicht nur einen Anlass, sondern seine Wurzeln, systematische Gründe und aktuelle Berechtigung hat.

II. Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911 oder: die Krise der Universität und der Ort der Forschung im Wissenschaftssystem

Es ist nicht primär der Lokalpatriotismus des Berliners, dass ich mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) beginne, sondern Tribut an die Tatsache, dass die moderne Universität sich als Forschungsuniversität um 1800 gründet und dass es die Forschung ist, also der Kern der Universität, die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine ihrer ersten systematischen Krisen erzeugt.⁷ Dabei kann man die Ereignisse der Gründung

der KWG – die vielleicht nicht jedem vertraut sind – ganz knapp einführen, damit der Kontext, aber auch die Akteure sichtbar werden: Die Gründung der KWG wird von Wilhelm II. am 11. Oktober 1910 auf dem Festakt zum 100-jährigen Jubiläum der Berliner Universität angekündigt, 1911 wird der Gründungsakt vollzogen; Adolf von Harnack, berühmter Berliner Theologe, auch Rektor der Universität, wird ihr erster Präsident. Die Institute, unterstützt durch die „große Industrie“, werden bald gegründet (bis heute nach dem „Harnack“-Prinzip, also um eine Forscherpersönlichkeit und deren Forschungsthema herum konstruiert), bis nach 1960 fast nur in den Natur- und Lebenswissenschaften, und sie haben in der Max-Planck-Gesellschaft ihren heutigen Ort.

Diese Geschichte wird selbstverständlich unterschiedlich erzählt – aus der Perspektive der Max-Planck-Gesellschaft trotz der Beteiligung der KWG an NS-Verbrechen als eine Erfolgsgeschichte der Grundlagenforschung in Deutschland, aus der Perspektive der Berliner Universität oder der Universitäten überhaupt nicht nur als neue Kooperationsofferte, sondern auch als Bedrohung der Universitäten, jedenfalls als große Herausforderung ihrer eigenen strukturellen Forschungsfähigkeit und insofern als Krisenindikator.⁸ In Berlin ist schon die Gründung kontrovers, tritt doch eine exzellent finanzierte Konkurrenz gerade in der Grundlagenforschung (also nicht industrienah und „anwendungsbezogen“, wie man bei den TH-Gründungen noch leicht abwehren konnte) im außeruniversitären Bereich auf den Plan.

Besteht dieser Verdacht zu Recht, dass sich für die Universitäten mit der Gründung der KWG das Wissenschaftssystem neu ordnet, sind Funktionen und Folgen der KWG-Gründung im deutsch-preußischen Wissenschaftssystem derart gravierend? Die Gründung ist in diversen Denkschriften seit 1906

dokumentiert, sie wird dann in den Kontext der Internationalisierung und Modernisierung der deutschen Wissenschaften platziert, die in Preußen – aber mit reichsweiter, auch kritischer Aufmerksamkeit – der Ministerialdirektor Friedrich Althoff seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert einleitet und intensiv, gelegentlich auch mit nicht ganz feinen Mitteln, forciert und erfolgreich bestreitet. Die Autoren der diversen Denkschriften, neben Althoff vor allem Naturwissenschaftler, zumal Chemiker, die für ihr Fach eine Forschungseinrichtung wie die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (PTR) vermissen, befürworten die Gründung v. a. mit zwei Argumenten: zuerst, dass sich die Lehre an einer Massenuniversität mit Grundlagenforschung nicht vertragen, und dann, dass die Forschungsfähigkeit der Naturwissenschaft in der Universität wegen der fehlenden materiellen Forschungsinfrastruktur bedroht sei, sodass auch ihre internationale Konkurrenzfähigkeit früher oder später verloren gehen müsse. Harnack, der selbst die Wandlung der Wissenschaft zum „Großbetrieb“⁹ bereits 1905 analysiert hatte, unterstützt diese Diagnosen und Pläne in einer Denkschrift, die er im Auftrag des Kaisers 1910 vorlegt.¹⁰ Harnack reichert die Argumente der Naturwissenschaftler durch „einige gute Worte zugunsten der Geisteswissenschaften“¹¹ an und leider auch durch eine schwer erträgliche Neigung zum Kaiser-Lob. Er stärkt in einer politisch, taktisch und strategisch geschickten Weise auch das Ausland als Argument, derart, dass das nationale Wohl Preußen-Deutschlands, immer schon vom Bündnis von „Wehrkraft und Wissenschaft“ getragen,¹² jetzt vom Aufholen des Rückstands gegenüber dem westlichen Ausland abhängen werde.

In der Universität und in der Akademie der Wissenschaften¹³ werden trotz eigener Erfahrungen mit geisteswissenschaftlicher Großforschung¹⁴ die Pläne nicht so unproblematisch gesehen wie bei Harnack. Der Platz im „wissenschaftlichen Beirat“,

den Harnack – neben anderen Mitgliedern, z. B. aus der finanzierenden Industrie – zugesteht, wird kaum als hinreichende Gestaltungschance wahrgenommen. Schon Harnacks Argument, dass hier „reine Wissenschaft und nichts anderes“¹⁵ intendiert sei, stößt nicht auf Vertrauen oder Zustimmung; die Sorge gilt dem Verzicht auf die Bildungsfunktion und der Unterwerfung unter außerwissenschaftliche Zwecke (dabei stößt die von den Planern erwartete Finanzierung durch die Industrie schon in der Gründungsphase auf Probleme, sodass schließlich doch der Staat der Hauptfinanzier wird – heute: neunzig Prozent, z. T. in Kooperation mit der Industrie).¹⁶ Harnacks grundsätzliche Option, „die Akademie muss in das Leben hinein, weil die Wissenschaft heutzutage mitten im Leben steht – ganz anders als vor 20 Jahren“;¹⁷ kann 1911 offenbar innerhalb der gelehrten Welt nur wenig Zustimmung finden.

Systematisch gesehen und als Indikator für eine folgenreiche Zäsur bleibt deshalb: Die Gründung der KWG macht sichtbar, dass in der Universität Forschung und Lehre keine unproblematische Symbiose mehr bilden; sie macht gleichzeitig sichtbar, dass disziplinspezifisch unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten in der Universität existieren, dass sie auch als Stätte der Grundlagenforschung in Deutschland nicht für alle Disziplinen der geeignete Ort ist. Die Gründung signalisiert zudem einen Wandel der Leitdisziplinen hin zu den Naturwissenschaften und ist insofern auch Ausdruck des Konflikts über Wissenschaft und Bildung, der das ausgehende 19. Jahrhundert bestimmt. Seither werden die Naturwissenschaften als Feld der Experten stilisiert, denen Bildung fehlt, die Geisteswissenschaften dagegen werden zum Ort, der die Bildungsgüter bewahrt und pflegt. Das Bildungsverständnis der universitären Tradition seit Humboldt, dass sich Bildung nicht durch das Vertiefen in exklusive Bildungsgüter (Kunst, Literatur, die Antike z. B.), sondern durch

Teilhabe am Forschungsprozess spezialisierter Wissenschaft ereignet, verliert seine Geltung und Überzeugungskraft. Die Einheitsform der Tradition löst sich auf, wissenschaftliche Forschung und Bildung treten auseinander und können bis heute nicht mehr so zusammengeführt werden, wie es vor 1900 in der Universität auch noch gedacht wurde, jenseits des scheinbar unlöslichen Konflikts von Spezialisierung und Bildung. In der Gründung der KWG 1911 hat sich Wissenschaft gegenüber Bildung verselbstständigt. Die KWG forscht, aber sie bildet nicht, Bildung zieht sich zurück – in die Geisteswissenschaften universitär, in Museen, Theater, Literatur beim Publikum, das sich deshalb das „gebildete“ nennen darf, aber gegenüber den Wissenschaften doch bestenfalls als Dilettant auftritt, Liebhaber also, wie Goethe den Dilettanten nennt, aber nicht kritischer Experte.

III. Stiftungsuniversität Frankfurt – Problemkontext und innovatorisches Potenzial

Die Gründungsgeschichte der Universität Frankfurt am Main – mein zweites Stück in der Trias von 1911 – verdankt sich anderen Motiven, lokalen, politischen, personellen, und sie ist natürlich auch hier nicht auf das Jahr 1911 zusammenzuziehen, sondern hat ebenfalls eine lange Vorgeschichte, aber in den politischen Beratungen 1911, v. a. in der Stadtverordnetenversammlung, doch die entscheidende Zäsur.¹⁸ Bedeutsam für die unmittelbare Vorgeschichte des ausgehenden 19., frühen 20. Jahrhunderts, die dann schließlich zur Gründung der Universität führen wird, sind neben dem unermüdlich aktiven Bürgermeister Franz Adickes vor allem Stifter und Stiftungen, zumal jüdische Stifter und Stiftungen. Neben der Speyer-Stiftung und deren Denkschriften von 1909 und 1911 – von Adickes als dem Mentor der Stiftung vorgelegt – ist es vor allem Wilhelm Merton (1856–1916), Gründer und

Inhaber der Metallgesellschaft, der dabei eine prominente Rolle spielt (aus seinem eigenen Vermögen z. B. 2,3 Millionen Reichsmark stiftete).¹⁹ Merton verdeutlicht vor allem das wesentliche Gründungs-, jedenfalls Stiftungsmotiv, dass es nämlich einen neuen Wissens- und Forschungsbedarf in der Gesellschaft gibt. Schon das von ihm 1890 gegründete „Institut für Gemeinwohl“ und die 1901 eingerichtete „Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften“ zeigen die Richtung seines Engagements. Er zielt auf Sozial- und Gesellschaftspolitik, er will dafür das analytische und konstruktive Potenzial der Wissenschaften nutzen, und der für die Gründung der Universität folgenreiche Impuls gehört deshalb konkret in den Kontext, den man die „Verwissenschaftlichung des Sozialen“²⁰ genannt hat. In den Kontext der Krise der traditionellen Universität gehört dieses Thema, weil die deutsche Universität – ungeachtet der Aktivitäten des „Vereins für Socialpolitik“ und der politisch aktiven Rolle der sogenannten Kathedersozialisten – die sozial- und gesellschaftspolitischen Probleme, auch die Ausbildung der Lehrer für die Volksschulen und die Rolle der Sozialpädagogik als Wissenschaft, so gut wie nicht thematisierte. Mertons Initiative verweist also auf die Tatsache, dass die preußischen (und deutschen) Universitäten vor 1918 den Bedarf an Sozialwissenschaften nicht befriedigen, während z. B. in England die London School of Economics bereits seit 1895 in diesem Problemfeld arbeitet – auf der Basis einer Stiftung im Kontext der Fabian Society, u. a. unter Beteiligung des Ehepaars Webb und von George Bernard Shaw.²¹ Die Disziplinstruktur der Universität war also das systematische Thema und Problem, das in Frankfurt sichtbar wurde; sie erscheint als Hindernis im Modernisierungsprozess, weil nur neue Disziplinen zum Medium werden können, die neuen Probleme der industriellen Gesellschaft in einem wohlfahrtsstaatlichen Geist zu behandeln. Aber der preußische Staat steht der Einrichtung dieser Disziplinen – im

Kern die empirischen Sozialwissenschaften – mit großer Distanz, ja Angst gegenüber, in einer Zeit, in der manche Beamte Soziologie mit Sozialismus und Staatsumsturz gleichsetzen.

Merton hat solche Ängste nicht. Er gründet und finanziert die „Akademie für Handels- und Sozialwissenschaften“, er unterstützt den „Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge“,²² sein Privatsekretär Wilhelm Polligkeit ist dort ebenso aktiv wie der – bald – als Sozialpädagoge an die Universität berufene Christian Klumcker, beide die inspirierenden Theoretiker eines sich seit der Jahrhundertwende ausbildenden Sozialtrusts, d. h. eines Komplexes von wissenschaftlichen und philanthropischen Einrichtungen und Ambitionen. In Franz Adickes, dem Frankfurter Bürgermeister und spiritus rector der Universitätsgründung, findet Merton einen Verbündeten, denn Adickes teilt das Interesse für Sozial- und Bildungsreform, er hatte die Möglichkeiten der Gymnasialreform selbst erlebt (in Altona!), sie dann nach Frankfurt getragen und war sich mit Merton z. B. auch einig, dass neben den Sozialwissenschaften die wissenschaftliche Pädagogik Teil der neuen Universität werden soll. Der Frankfurter Stadtschulrat Julius Ziehen, seit 1911 an der Universitätsgründung führend beteiligt,²³ wird schon 1914 auf einen von Merton zusätzlich gestifteten Lehrstuhl berufen – wo er eine „Volkserziehungswissenschaft“ begründet.²⁴ Ein Beobachter der Gründungspläne, der Marburger Philosoph, Sozialpädagoge und Erziehungsreformer Paul Natorp, in Preußen immer des Sozialismus verdächtigt, begrüßte deshalb auch nicht zufällig die Frankfurter Pläne, „eine Hochschule sozialwissenschaftlicher, sozialpolitischer und sozialpädagogischer Ausrichtung“ einzurichten, natürlich im universitären Status, wie Natorp sogleich betont, also „in unbedingter wissenschaftlicher, politischer, auch religiöser und vollends konfessioneller Unabhängigkeit“.²⁵

Über diesen Konsenszonen zwischen Stifter und Gründer darf man die Konflikte in der Stadtverordnetenversammlung nicht übersehen, zumal mit der starken Sozialdemokratie, die dem Bürgermeister gelegentlich bei aller Kompromissbereitschaft zu resignativen Kommentaren Anlass geben: „Was wollen die Sozialdemokraten“, fragt er sich, „und wie retten wir uns vor ihnen?“²⁶ Die Sozialdemokraten wollen natürlich nicht Adickes in die Resignation treiben, aber sie werfen die Frage auf, welche Art von Universität die Stadt will und haben soll, und – das macht diese Konflikte über die lokalen Querelen hinaus bedeutsam – sie kennen mehrere Optionen für den „Charakter der Universität“, nämlich drei: „eine Forschungs-, eine Fortbildungs- oder eine ‚eigentliche Universität‘“.²⁷ Adickes will natürlich eine „eigentliche“, also „vollständige Universität“, mit allen Disziplinen, sogar auch auf der Basis des Allgemeinen Landrechts, also unter staatlicher Aufsicht und mit dem Recht zur Vergabe staatlicher Berechtigungen. Adickes ist allerdings innovativ, als er seine Universität mit einer Verfassung wünscht, die den spezifischen Erwartungen der Stifter ebenso gerecht werden kann wie den inhaltlichen Reformambitionen (und den Naturwissenschaftlern stellt er, wie die KWG, eine Befreiung von Lehr- und Prüfungsverpflichtungen in Aussicht).²⁸ Nicht allein wegen der Stifter und der „ganz außerordentlichen Spendenfreudigkeit“²⁹ der jüdischen Mitbürger, sondern auch wegen der neuen Disziplinen soll dabei auch das Berufungsrecht vom staatlichen Monopol gelöst werden, zum einen, um jüdische Gelehrte berufen zu können, und zum andern, um in den neuen Fächern berufen zu können.

„Berlin“, also die preußische Wissenschaftspolitik und das gegebene Wissenschaftssystem, ist in diesen Planungen und Überlegungen immer präsent. Der Ministerialdirektor Friedrich Althoff gehört zu Adickes engen Gesprächspartnern, ebenso

wie der konservative Kultusminister Trott zu Solz – und sie sind förderlich für Adickes Pläne. Sie finden eine Verfassung der Stiftungsuniversität, sie konstruieren – in Kuratorien – eine Form der Beteiligung der Stifter auch in Berufsfragen, und sie tragen den Gründungsakt positiv mit, wenn sie nur das Aufsichtsrecht behalten; aber sie üben dann Aufsicht aus, ohne zu stören, und zeigen, welche Freiheit für die Universitäten in Preußen möglich war. Die Neugründung in Frankfurt zeigt deshalb modellhaft, welche Rolle der Staat im Wissenschaftssystem auch einnehmen kann – Qualitätsgarant in der Aufsicht, Finanzier (weil bald die Inflation die Stiftungsgelder auffrisst), aber zugleich auch Garant der lokalen Autonomie. Es wird dann letztlich doch die „staatsfreie Institution“, die der prominente sozialdemokratische Bildungspolitiker Max Quarck in Frankfurt gefordert hatte, frei auch vom Geist der studentischen Korporationen, die der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge waren.³⁰

IV. Hamburger Konflikte – oder die Universität in der Demokratie

Zumindest in diesen Argumenten der Frankfurter Sozialdemokraten von 1911 kehren Themen wieder, die sich auch in Hamburg – drittes Modell in der Trias von 1911 – in den Beratungen der Bürgerschaft als schwierig erwiesen haben.³¹ Dazu mögen ja auch, wie in Frankfurt im Blick auf die Korporationen, manche Eigentümlichkeiten in den Lebensformen „einer deutschen Universität alten Stils“ gehören, von denen die Kaufmannschaft z. B. eine „geistige Überfremdung Hamburgs“³² befürchtete. Zur Distanz gegen die Universitätspläne mag auch beigetragen haben, dass manche Akademiker in Hamburg sich anders als universitär beschrieben, z. B. als „Diener der Kaufmannschaft“.³³ Wesentlich für die ausschlaggebende Konfliktlage waren andere Fragen: Die Hamburger Sozialdemokraten z. B. sahen den

„Klassencharakter“ höherer Bildung und sie bringen auch hier ein systematisch anderes, ein eigenes Modell von Universität ins Spiel, von dem aus sie von Melles Pläne problematisieren, ja bekämpfen. Das erzeugt eine Debatte darüber, was Universität in einem demokratischen Sinne bedeutet – und die Konflikte von 1911 verweisen deshalb auf eine bis heute strittige Frage.

Die Sozialdemokratie wünscht, wie sie 1919 dann wiederholt, von Beginn an eine „Volkuniversität im wahrsten und edelsten Sinne des Wortes“.³⁴ Und sie fordert: „Wir müssen eine Universität haben mit freier Verfassung und mit freiesten Zulassungsbedingungen [...], die allen Gliedern des Volkes die Möglichkeit gibt, diejenigen Geistesfähigkeiten zu erwerben, die sie für wünschenswert halten.“³⁵ Offenheit im Zugang zur Universität, die Teilhabe aller an Wissenschaft und eine Verfassung, die Freiheit gegenüber dem Zentralstaat und Partizipation der Bürger ermöglicht, das werden die sozialdemokratischen Kriterien für die Universitätsgründung. Ganz offensichtlich ist die Abwehr eines Bildungssystems, das sich – wie in Preußen – stark über Berechtigungen organisiert, z. B. das Abitur beim Zugang; und offensichtlich ist auch der Konnex zu den gesamten europäischen „Ausdehnungs“-bewegungen der Universität. Noch im – dann erfolgreichen – Antrag von 1919 verbinden die Antragsteller im Konzept der Volkuniversität die Bildungsbestrebungen der Volkshochschule mit den genuinen Erwartungen an eine Universität. „Vorläufiges Gesetz betreffend die Hamburgische Universität und die Volkshochschule“ heißt das Thema; bis 1921 bleiben die alten strukturellen Konflikte über die Universität aus der Debatte von 1911 präsent. Sie werden, wie in Frankfurt für die Beteiligung der Stifter, auch in Hamburg in der Konstruktion von Gremien der Universität zu lösen versucht, bis hin zum Vorschlag, Studierende zu beteiligen (die dann selbst die Mitarbeit ablehnen).

Diese Form der Gremienkonstruktion als Medium der Demokratisierung geschieht schon 1919 gegen die Einsicht des ersten Rektors, „dass die Selbstverwaltung der Universitäten auch ihre Schwächen hat“, dass „die Gefahr wachsender Bürokratisierung“ besteht und dass „eine gewisse Schwerfälligkeit gegenüber neuen Bedürfnissen wie z. B. der Berücksichtigung neuer Lehrfächer“ unverkennbar sei.³⁶ Freiheit und Partizipation finden nicht zu einer versöhnten Form. Für die Kritik am Abitur als Zugangskriterium dagegen findet die Sozialdemokratie Zustimmung in der Wissenschaft, z. B. beim Psychologen Hugo Münsterberg,³⁷ aber für einen Verzicht auf Berechtigungen plädiert sie allein. Zertifizierung bleibt, hier wie in Frankfurt, eine Konstante in der Struktur des Hochschul- und Wissenschafts-systems. Von Melle macht zwar Zugeständnisse für die Zulassung von Nichtabiturienten, in den Funktionszuschreibungen geht er über die Einschränkung der Erwartungen an Freiheit des Zugangs und der Lehre hinaus. Er will weder reine (eventuell sogar nur kolonialwissenschaftliche) Forschungsinstitute (die Erfahrungen mit der KWG, wie er explizit hervorhebt, seien noch zu jung)³⁸ noch eine thematisch eingeeengte „Übersee-Hochschule“, noch ein Bündel von „niederen Fachschulen“, noch will er der Option der Sozialdemokratie folgen.³⁹ Für die Universität insgesamt akzeptiert er vielmehr die Trias der Ziele, die Edmund Siemers bei seiner Schenkung als Formel geliefert hatte: „der Forschung, der Lehre, der Bildung“.

Siemers formuliert damit sein Leitbild der Hamburger Universität, das sie sich bis heute zu eigen macht. Er formuliert hier – einerseits – Erwartungen, die – wie in Frankfurt – eine „eigentliche Universität“ zum Ziel haben, also dem traditionellen Dual der „Einheit von Forschung und Lehre“ folgten. Die Bürgerschaft übernimmt in der Gründung diese Funktionszuschreibung an die Universität, sogar unter Berufung auf Frankfurt.⁴⁰

Andererseits, verdichtet in der Gesamtheit der Hamburger Losungen, die bis heute tradiert werden und durchaus nicht alle in die gleiche Richtung weisen, zeigt sich die Kontinuität des Hamburger Gründungs-Problems: „Der Forschung, der Lehre, der Bildung“ hier, „Frei soll die Lehre sein und frei das Lernen“ dort (zu schweigen von „Wissen ist Macht“, der Losung von Bacon bis Liebknecht, auf der Rückseite des Hauses).

Dabei versteht man die Hamburger Losung, die Siemers gibt, und damit auch die Zäsur in der Universitätsgeschichte, die sich damit andeutet, angemessen nur dann, wenn man jenseits der semantischen Tradition ihre Distanz gegenüber den traditionellen Formeln mit in den Blick nimmt. Die traditionellen Formeln der Selbstbeschreibung der Universität waren dual – Forschung und Lehre, Einsamkeit und Freiheit, Bildung durch Wissenschaft –, die Einheitsform war durch die Struktur des Wissens gegeben. Die ältere, im Zweiten Weltkrieg zerstörte Giebelinschrift der Berliner Universität lautet z. B. seit der Gründung auch nur „Universitati Litterariae“ (und dann wurde auf Friedrich Wilhelm III., den königlichen Gründer, verwiesen). Clemens Brentano hat – 1810/11 zum ersten Semester der Berliner Universität – in einer Kantate den Sinn der Inschrift ausgedeutet:

„Der Ganzheit, Allheit, Einheit, / der Allgemeinheit / gelehrter Weisheit / des Wissens Freiheit / gehört dieses Königliche Haus! / So lege ich Euch die goldenen Worte aus. / Universitati Litterariae.“⁴¹ Die Losung gilt also dem Imperativ der Forschung und der Struktur des Wissens, allerdings: der Gelehrten.⁴² Erst in Straßburg, 1872 als Reichsuniversität gegründet, kommt dann die Nation in der Inschrift hinzu – „litteris et patriae“. Aber was bedeutet die Hamburger Inschrift von 1911, wenn sie so offenkundig nicht die Tradition in ihren Dualen wiederholt, aber auch die Nation meidet?

Ich kann diese goldenen Hamburger Worte leider nicht so schön wie Brentano mit einem Gedicht auslegen, aber ich versuche es doch in Prosa: In Hamburg wird in der triadischen Ordnung der Begriffe die moderne Funktion der Universität angezeigt. Sie ist nicht mehr nur in Forschung und Lehre präsent, und dann in der Erwartung, dass Bildung schon *uno actu* mit bedient wird, aber doch nur für die Gelehrtenbildung erwartet werden kann und notwendig ist. Hier, in Hamburg, findet sich die Zäsur, anzeigend, dass Bildung selbst ein Thema ist, aber auch ein Problem darstellt – das der Legitimation der Universität in der Demokratie. Die Konflikte in der Bürgerschaft zeigen die Schwierigkeiten, auch die Tatsache, dass Siemers' Gebäude die Einheit stiftet, wenn auch erst ohne die Universität, die wiederum in ihrer Gründung den Gedanken der Bildung aufnimmt, aber nicht im Sinne der „Volksuniversität“ als Volkshochschule, sondern als „eigentliche Universität“, allerdings im modernen Verstande (aber gar nicht wie im Sozialismus, wenn Bildung als „Erziehung“ indoktrinierend und politisierend umgedeutet wird, wie das in der DDR mit der Trias von „Forschung, Lehre, Erziehung“ als Leitbild der Universität geschah).⁴³

Siemers' Schenkung setzt deshalb, so lese ich die Inschrift, – als Gebäude wie als Formel – den Platz der Wissenschaften zwischen Allgemeinem Vorlesungswesen und Universität. Er gibt jener Praxis einen Ort und dieser ein uneingelöstes Programm; denn die gremienbezogenen Lösungen der Demokratisierung haben das Problem so wenig allein gelöst wie die Öffnung des Zugangs. Sie mögen den Kontext zeigen, waren aber weder notwendig noch hinreichend, um den Status von Wissenschaft und Universität in der Demokratie zu definieren – wie man heute, hundert Jahre später, sehen kann.

Siemers interpretiert die Rolle der Universität für das „Gemeinwesen“ (Siemers) anders. Ihre Umwelt sieht er eher als „Nation“

im Humboldtschen Sinne, nicht als Gesellschaft, sondern als Zivilgesellschaft und er sieht seine Rolle, die des Stifters, darin, in der Konzentration auf die Trias Selbstgestaltung auch in der und für die Universität zu stützen: Seine Form der Partizipation ist deshalb anders als über die Verfassung – er verbindet Mäzenatentum mit der Anerkennung der Eigenlogik von Forschung und Lehre und macht nicht den Versuch, das Funktionsprinzip der Universität durch politisch definierte Entscheidungsregeln zu überformen und zu beschädigen. „Bildung“, das dritte Glied der Trias, gewinnt darin ihren neuen und umfassenden Sinn, nicht nur als Fortbildung der Kaufmannschaft, wie man 1911 sagte, auch nicht allein als Lerngelegenheit aller Bürger, wie die Sozialdemokratie seit 1911 forderte, sondern als Medium der Verständigung über die zentralen und wesentlichen Fragen, von denen die Stadt berührt wird. Das Vorlesungsgebäude stiftet damit die Einheit in der Trias⁴⁴ – in der Wahrnehmung der Zeitgenossen und bis heute stellt es „die Universität“ dar.

Das Hauptgebäude symbolisiert damit die Tatsache, dass um 1911 diese Verständigung innerhalb des Gemeinwesens die Teilhabe an Wissenschaft als universale Tatsache (nicht als lokal definierter Wissensbedarf, „bodenständig“⁴⁵ im schlechten Sinne provinzialistischer Enge) ebenso voraussetzt wie ihre Präsenz in der Stadt, so wie es bereits die Idee des Allgemeinen Vorlesungswesens war: „veredelnd auf die allgemeine Bildung einzuwirken“.⁴⁶ Es ist das Angebot von Bildung und die Präsenz von Wissenschaft in Forschung und Lehre, in der die Demokratisierung der Universität besteht. Der Mäzen hat darin die selbstlose, paradoxe Rolle, die Merton in Frankfurt spöttisch-kritisch als Wandinschrift unter die Bilder der Stifter empfahl, die in Adickes Zimmer hingen: „Und der Spender brav und gut, so er meinen Willen tut.“⁴⁷ Merton in Frankfurt oder Hamburger Mäzenaten wie Siemers verdeutlichen mithin, was Demokratisierung

auch bedeuten könnte: die Förderung der Universität in ihrer eigenen Gesetzlichkeit, durch Bereitstellung von Möglichkeiten, nicht durch Formung nach partikularen Erwartungen.

V. Tradition, Differenzierung, Innovation

Lernt man von 1911, im Blick auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und auf die Universitätspläne in Frankfurt und Hamburg, auch für die aktuelle Debatte, über die Möglichkeiten und Implikate von „Differenzierung“? Ich würde – wie man es von einem Bildungshistoriker erwarten darf – einerseits natürlich dafür plädieren, die Lektion von 1911 aktuell, also 2010/11 und im Zeichen von Bologna und der Differenzierungsstrategie des Wissenschaftsrates, nicht zu ignorieren. Das ist, andererseits, natürlich kein schlichtes „historia docet“, sondern der Versuch, in der Relationierung von Strukturen und Prozessen, die sich um und seit 1911 beobachten lassen, aktuell für Strukturveränderungen, faktische und geplante, sensibel zu werden. Man kann dann neben Problemzonen des Wissenschaftssystems und der Universität auch Muster erkennen, über die sich die Universität modernisiert.

Zu den Problemzonen zählt der alte Einheitsanspruch, Forschung und Lehre sowie die Bildung durch Wissenschaft an einem Ort zu verbinden. Das gelingt nicht für alle Disziplinen und für alle externen Erwartungen an Qualifizierung oder Forschung in gleicher Weise; außeruniversitäre Forschung – öffentlich oder privat – wird seit dem frühen 20. Jahrhundert unentbehrlich, und sie kann in all ihren Facetten offenbar nicht in das Universitätssystem zurückgeholt werden. Zu den Problemzonen zählt auch die Tatsache, dass die Universität seit ihrer Gründung eine disziplinär verfasste Universität ist, damit relativ unflexibel gegenüber neuen Erwartungen und im Konflikt zwischen Themen und Problemen der Forschung einerseits, ihrer disziplinären, traditionellen Definition andererseits; eine Aufhebung der

disziplinären Verfassung in einem starken Plädoyer für „Interdisziplinarität“ stellt für dieses Problem aber schon deswegen keine Lösung dar, weil damit, logisch wie faktisch, Disziplinarität vorausgesetzt wird, damit eine Arbeit an den Grenzen der Disziplinen und fach- wie disziplintranszendierend gelingen kann.

Nach wie vor ist auch die Verfassung der Universität ein Problem, vor allem dann, wenn der Zugang und die innere Organisation nicht allein wissenschaftsimmanenten Kriterien genügen sollen, z. B. dem der Leistung und optimalen Rekrutierung des Nachwuchses, sondern auch politischen, etwa der Ausdehnung oder Offenheit des Zugangs oder der unmittelbaren Orientierung an gesellschaftlichem Qualifikationsbedarf. Autonomie erweist sich in der Differenz inneruniversitärer Prozesse gegenüber außerwissenschaftlichen Erwartungen und in der Anerkennung der Eigenlogik von Wissenschaft. Letztlich bleibt dann noch das Finanzierungsproblem, weil allein staatliche Finanzierung nicht reicht, den Forschungsbedarf in der Gesellschaft zu befriedigen. Im Lichte dieser Problemzonen, die auch aktuell identifizierbar sind, wird man kaum sagen können, dass „Differenzierung“ nicht nur eine notwendige, sondern auch eine hinreichende Strategie der Innovation im Wissenschaftssystem darstellt.

Der historische Prozess seit 1911 zeigt dann, welche Modernisierungsstrategien dem Wissenschaftssystem und der Universität offen stehen. Besonders erfolgreich sind offenkundig zunächst tatsächlich Muster der Ausdifferenzierung, wie bei der KWG, allerdings mit allen Folgeproblemen für die Einheit von Forschung, Lehre und Bildung – und d. h. vor allem für die Universität, die ihren Charakter als dominierende Einheitsform der Produktion und Bewertung von Wissen verliert. Sie kann mit Binnendifferenzierung reagieren, z. B. neue Fächer ausbilden

oder Arbeitsformen funktionspezifisch – für Lehre oder für Forschung – einrichten, aber erfolgreicher sind offenbar Modernisierungsprozesse durch Neugründungen wie in Hamburg und Frankfurt, die auf thematische oder regionale Konzentration und Profilbildung setzen. Sie bieten für die offenen Fragen von Wissenschaft in der Gesellschaft eine neue Einheitsform an, jetzt auch strukturell und organisatorisch und sogar finanziell, getragen nicht allein durch den Staat (der in seiner Regelungskompetenz und in den Rahmenvorgaben ruhig so offen und tolerant sein darf wie in Preußen 1914), sondern durch zivilgesellschaftliches Engagement, um Bildung – der Experten wie der Laien – möglich zu machen.

Man kann dann auch sehen, dass die Universität ihre genuine Rolle in der Stadt und für die Stadt, also in der Nation, wie Humboldt dachte und Siemers für das „Gemeinwesen“ wiederholte, erst spielen kann, wenn sie sich weder auf Forschung reduziert (wie in den Exzellenzprogrammen) noch auf die Lehre (wie bei Bologna), sondern in aller regionalen oder disziplinären Differenz und Spezifikation die universalisierende Einheitsform wahrt, die in der Hamburger Trias gegenwärtig ist: „der Forschung, der Lehre, der Bildung“. Vielleicht geht das ja nur, wenn neben dem Staat auch der Bürger als Stifter die Handlungsmöglichkeiten der Universität wieder so erweitert, wie das in Frankfurt oder in Hamburg seit 1911 geschah. Hilfreich, das ist auch eine Hamburger Lektion, kann es dann schließlich sein, wenn man „Demokratisierung“ nicht gremienpolitisch umdefiniert oder über Fragen der Offenheit des Zugangs unterbestimmt. Bildung bedeutet nicht nur Teilhabe an Zertifikaten, sondern eigenverantwortliche Mitwirkung der institutionellen und individuellen Akteure an der Gestaltung der gemeinsamen Welt.

Anmerkungen

- 1 In einer vor allem im Schlussteil gekürzten Form als Festvortrag zum Festakt „100 Jahre Hauptgebäude der Universität Hamburg“, 13. Mai 2011. Den Kollegen Eckart Krause und Rainer Nicolaysen von der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte an der Universität Hamburg danke ich für informative und produktive Gespräche.
- 2 Die gebührend scharf kritisiert wurde: als „ebenso banal wie beschränkt, ebenso illoyal wie gehässig [...] eine unbegreifliche Schmach“, wie es der Bankier Friedrich Bendixen sagte (zitiert nach Gerhard Ahrens: Werner von Melle und die Hamburgische Universität. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 66 [1980], S. 63–93, hier S. 76), oder als „dieser fanatische Universitätshaß“, wie es der Orientalist Carl Heinrich Becker formulierte (zitiert nach ebd., S. 77).
- 3 Der frühere preußische Kultusminister Robert von Zedlitz-Trützschler stellt z. B. die KWG-Gründung und die Frankfurter Pläne in einen Kontext; vgl. Paul Kluge: Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914–1932. Frankfurt am Main 1972, S. 75.
- 4 Forschung ist zwar, zumindest in Berlin, Teil der Akademiearbeit, wie es schon die alten Großprojekte zeigen, aber doch nur in einem engen Rahmen, mit spezifischen Vorgaben, etwa der Langzeitedititionsprojekte, und nicht als zentrale oder dominierende Aufgabe.
- 5 Rainer Nicolaysen („Frei soll die Lehre sein und frei das Lernen“. Zur Geschichte der Universität Hamburg. Hamburg 2008) nimmt ebenfalls „Demokratisierung“ als Referenzpunkt seiner Universitätsgeschichte.
- 6 Am 12. November 2010 in Lübeck beraten; vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen. Köln 2010.
- 7 Im folgenden Teil II nehme ich Argumente, z. T. wörtlich, auf, die ich an anderer Stelle ausführlicher vorgetragen habe; vgl. Heinz-Elmar Tenorth: Transformation der Wissensordnung. Die Berliner Universität vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis 1945. Zur Einleitung. In: Ders. (Hg.): Transformation der Wissensordnung. Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 5. Berlin 2010, S. 9–49, dort auch Literaturhinweise im Einzelnen.
- 8 Die Meinung von Kluge (wie Anm. 3), Einleitung, dass es keinen Reformbedarf in der Universität um 1900 gegeben habe und alle Innovationen „von einem noch ganz ungebrochenen Vertrauen in die Kraft und Sicherheit und Unerschütterlichkeit der Wissenschaftsidee [getragen]“ waren (ebd., S. 19), kann ich deshalb überhaupt nicht teilen; die hier diskutierten Ereignisse von „1911“ dementieren solche optimistischen Thesen hinreichend (ohne dass ich eine Verfallsgeschichte der Universität für das ausgehende 19. Jahrhundert schreiben will).
- 9 Sogar im Blick auf die Geisteswissenschaften; vgl. Adolf Harnack: Vom Großbetrieb der Wissenschaft. In: Preußische Jahrbücher 1905, S. 193–201.

- ¹⁰ Die Denkschrift Harnacks vom 21. November 1909 in: 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–1961. Göttingen 1961, S. 80–94.
- ¹¹ Lothar Burchardt: Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Göttingen 1975, S. 33.
- ¹² „Die Wehrkraft und die Wissenschaft sind die beiden starken Pfeiler der Größe Deutschlands und der Preußische Staat hat seinen glorreichen Traditionen gemäß die Pflicht, für die Erhaltung beider zu sorgen.“ Harnack (wie Anm. 10), S. 89.
- ¹³ Für die skeptische Reaktion der Akademie vgl. Bernhard vom Brocke: Verschenkte Optionen. Die Herausforderung der Preußischen Akademie durch neue Organisationsformen der Forschung um 1900. In: Jürgen Kocka (Hg.): Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich. Berlin 1999, S. 119–147.
- ¹⁴ Harnack war u. a. mit der Edition der Kirchenväter-Texte selbst daran beteiligt; vgl. Stefan Rebenich: Theodor Mommsen und Adolf Harnack. Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Berlin/New York 1997.
- ¹⁵ Harnack (wie Anm. 10), S. 83 mit der bemerkenswerten Pointierung in der Randglosse: „Die Praxis hat die reine Wissenschaft nötig“.
- ¹⁶ Das Max-Planck-Institut für Eisenforschung z. B. ist dafür signifikant, vgl. die aktuelle Selbstdarstellung auf der website des Instituts: „Das Max-Planck-Institut für Eisenforschung GmbH (MPIE) ist ein gemeinsames Institut der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und des Stahlinstitutes VDEh (VDEh: Verein Deutscher Eisenhüttenleute). Da die Hälfte des Institutshaushalts (ohne Drittmittel) via VDEh durch die Industrie finanziert wird, bildet das Institut einen Ausnahmefall in der MPG. Der für den Gesamtetat zusätzlich in Betracht zu ziehende Drittmittelanteil ist im Vergleich der MPG-Institute ebenfalls ungewöhnlich und beträgt jährlich ca. 20%. Das Institut wurde im Jahr 1917 vom VDEh gegründet und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eingegliedert, der Vorläuferin der MPG. Zuerst war das Institut in Aachen angesiedelt und Gast des Eisenhütten-Institutes der Technischen Hochschule. 1921 erfolgte der Umzug nach Düsseldorf in Gebäude der Rheinischen Metallwarenfabrik als provisorische Bleibe. 1934/1935 errichtete der VDEh auf einem von der Stadt zweckgebunden überlassenen Grundstück das heutige Institutsgebäude, wo das MPI-E dann seinen endgültigen Standort fand.“
- ¹⁷ Harnack in einem Brief an Hermann Diels, 28.10.1912, im Anhang zu Rainer Hohlfeld/Jürgen Kocka/Peter Th. Walther: Vorgeschichte, Struktur, wissenschaftliche und politische Bedeutung der Berliner Akademie im Kaiserreich. In: Jürgen Kocka (Hg.): Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich. Berlin 1999, S. 399–463, hier S. 461.
- ¹⁸ Für diese Geschichte insgesamt Kluge (wie Anm. 3).
- ¹⁹ Zu Merton – neben der schon älteren, aber immer noch unentbehrlichen Biographie von Hans Achinger (Wilhelm Merton in seiner Zeit. Frankfurt am Main 1965)

jetzt auch Ralf Roth: Wilhelm Merton. Ein Weltbürger gründet eine Universität. Frankfurt am Main 2010.

- ²⁰ Für den Kontext und die Dimensionen dieses Prozesses vgl. Lutz Raphael: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. In: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 165–193.
- ²¹ „The decision to create the School was made by four Fabians at a breakfast party at Borough Farm, near Milford, Surrey, on 4 August 1894. The four were Beatrice and Sidney Webb, Graham Wallas and George Bernard Shaw“ (LSE-Selbstbeschreibung 2011).
- ²² Zum Kontext vgl. Florian Tennstedt: 50 Jahre von 100. Wilhelm Polligkeit und der „Deutsche Verein“. In: Christoph Sachße/Florian Tennstedt (Hg.): *Geschichte und Geschichten* (Jahrbuch der Sozialarbeit 4). Reinbek 1981, S. 445–468; Anne Dore Stein: *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen. Wilhelm Polligkeit zwischen individueller Fürsorge und Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus*. Wiesbaden 2009. Zu Wilhelm Polligkeit (1875–1960) generell: Studium der Rechtswissenschaften (Bonn), Diss. 1907: „Das Recht des Kindes auf Erziehung“; seit 1900 Privatsekretär bei Wilhelm Merton, 1903 bis 1920 Geschäftsführer der Centrale für private Fürsorge (dort war auch Christian Klumker Mitglied), einer Gründung des Frankfurter Instituts für Gemeinwohl, dessen Geschäftsführer er auch lange Jahre war. Mit dem Mäzen Wilhelm Merton verband ihn eine enge freundschaftliche Arbeitsbeziehung; 1920 Geschäftsführer des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.
- ²³ Ziehen nimmt schon an den ersten Gesprächen im preußischen Kultusministerium 1911 teil; vgl. Kluge (wie Anm. 3).
- ²⁴ Zu Ziehen vgl. als ersten Überblick Günther Böhme: *Schulpolitik, Volkserziehungswissenschaft und Universitätspädagogik – aus Anlass des 60. Todestages von Julius Ziehen (1864–1928)*. In: Ders. (Hg.): *Geistesgeschichte im Spiegel einer Stadt. Frankfurt am Main und seine großen Persönlichkeiten*. Frankfurt am Main/Bern/New York 1986, S. 122–139.
- ²⁵ Zitiert nach Kluge (wie Anm. 3), S. 81.
- ²⁶ Adickes 1900, zitiert nach ebd., S. 48.
- ²⁷ Zitiert nach ebd., S. 69.
- ²⁸ Ebd., S. 88.
- ²⁹ Ebd., S. 54.
- ³⁰ Ebd., S. 78 f.
- ³¹ Für die Geschichte dieser Debatten stütze ich mich v. a. auf Ahrens (wie Anm. 2) sowie auf Nicolaysen (wie Anm. 5) mit Hinweisen auf die weitere Literatur; immer noch materialreich auch Werner von Melle: *Dreißig Jahre Hamburger Wissenschaft 1891–1921. Rückblicke und persönliche Erinnerungen*. 2 Bde. Hamburg 1923/1924; vgl. auch Jürgen Lüthje (Hg.): *Universität im Herzen der Stadt*. Hamburg 2002.

- ³² So in den Beratungen der Bürgerschaft 1912; vgl. Ahrens (wie Anm. 2), S. 75.
- ³³ „Wir als Akademiker sind im edlen Sinne Diener der Kaufleute“, kann man 1911 in Hamburg hören; vgl. Jürgen Bolland: Die Gründung der „Hamburgischen Universität“. In: Universität Hamburg 1919–1969 [= Festschrift zum 50. Gründungstag der Universität Hamburg] o.O. o.J. [Hamburg 1970], S. 17–105, hier S. 58.
- ³⁴ Andreas Knack, SPD, Bürgerschaft 1921; zitiert nach Nicolaysen (wie Anm. 5), S. 21.
- ³⁵ Emil Krause, SPD, in der Hamburger Bürgerschaft im März 1919 bei der Beratung des Gründungsgesetzes „Vorläufiges Gesetz betreffend die Hamburgische Universität und die Volkshochschule“ vom 31.3.1919; zitiert nach Nicolaysen (wie Anm. 5), S. 8.
- ³⁶ Hamburgische Universität: Reden, gehalten bei der Eröffnungsfeier am 10. Mai 1919 in der Musikhalle von Bürgermeister Dr. Werner von Melle und Professor Dr. Karl Rathgen, erstem Rektor der Universität. Hamburg 1919, S. 19.
- ³⁷ Bolland (wie Anm. 33), S. 51 erwähnt entsprechende Argumente Münsterbergs schon für die Hamburger Diskussion von 1905.
- ³⁸ Von Melle (wie Anm. 31), Bd. 1, S. 281, hier und S. 282 auch die Hinweise auf die weiteren Optionen, die er sieht.
- ³⁹ In Abgrenzung von Vorschlägen, die der Berliner Altphilologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf auch im Blick auf die französischen – außeruniversitären – grandes écoles macht, wehrt er auch Konzepte als „Überhochschule“ ab, die Volksbildung und Erwachsenenlernen in einer radikal neuen Universität verbinden sollen; Von Melle (wie Anm. 31), Bd. 1, S. 51 f.
- ⁴⁰ „...ähnlich der Neugründung in Frankfurt am Main“, wie Nicolaysen ([wie Anm. 5], S. 22) Toni Cassirers Votum über Hamburg resümiert, die Referenz sehen auch schon die Hamburger Gründer; vgl. Ahrens (wie Anm. 2), S. 63–93, hier S. 80.
- ⁴¹ Für Baugeschichte und Text vgl. Klaus Dietrich Gandert: Vom Prinzenpalais zur Humboldt-Universität. Die historische Entwicklung des Universitätsgebäudes in Berlin mit seinen Gartenanlagen und Denkmälern. 3. Aufl. Berlin 1992, S. 51.
- ⁴² In Fichtes Wissenschaftslehre und in seiner Berliner Antrittsvorlesung wird dieser Begründungstext ganz scharf akzentuiert; vgl. Johann Gottlieb Fichte: Einige Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten (1794). In: Ders.: Werke, Bd. 6. Berlin 1845/46, S. 321; die Funktion des Gelehrten wird in Fichtes Berliner Antrittsrede noch stärker im Blick auf den Seher und Propheten überhöht; vgl. ders.: Fünf Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten, gehalten zu Berlin im Jahre 1811. In: Ders.: Werke, Ed. Medicus, Bd. 5. Leipzig 1910, S. 629–692.
- ⁴³ Vgl. meine Hinweise zur Selbstbeschreibung der Humboldt-Universität nach 1945: Heinz-Elmar Tenorth: Selbstbehauptung einer Vision. In: Ders. (Hg.): Geschichte der Universität Unter den Linden 1810 bis 2010, Bd. 6: Selbstbehauptung einer Vision. Berlin 2010, S. 9–43.

- ⁴⁴ Das Vorlesungsgebäude als „Zeichen der Einheit“, das formuliert der Historiker Erich Marcks schon als Erwartung in seiner Festrede zur Einweihung am 13. Mai 1911; vgl. von Melle (wie Anm. 31), Bd. 1, S. 46.
- ⁴⁵ So Rektor Rathgen (wie Anm. 36), S. 25 im Blick auf die Entstehung, und er hatte dann hinzugefügt: „Bodenständig soll sie bleiben und dem Gemeinwesen dienen, das sie geschaffen hat.“ Siemers selbst sieht in seiner Rede zur Einweihung die Internationalität Hamburgs wie der Wissenschaft in wechselseitiger Stützung; vgl. Melle (wie Anm. 31), Bd. 1, S. 43.
- ⁴⁶ So wurde 1837 das Ziel formuliert; vgl. Ahrens (wie Anm. 2), S. 69.
- ⁴⁷ Zitiert nach Kluge (wie Anm. 3), S. 52.

TILL PETERSEN

**VERHÄLTNISSE SCHAFFEN,
WELCHE DIE BARBAREI UNMÖGLICH MACHEN**

Liebe Mitglieder und Freunde der Universität,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Was aber ist die große Aufgabe unserer Zeit? Es ist die Emanzipation. Nicht bloß die der Irländer, Griechen, Frankfurter Juden, westindischen Schwarzen und dergleichen gedrückten Volkes, sondern es ist die Emanzipation der ganzen Welt, absonderlich Europas, das mündig geworden ist und sich jetzt losreißt von dem eisernen Gängelbände der Bevorrechteten, der Aristokratie.“

Die von Heinrich Heine bereits 1830 in den Reisebildern identifizierte Aufgabe der Emanzipation ist noch nicht vollendet. Für die Menschheit in ihrer ausgedehnten Adoleszenzphase, also auf dem inzwischen doch recht langen Weg zur kollektiven Mündigkeit, ist das öffentliche Bildungswesen von elementarer Bedeutung.

**Die Übergabe eines eigenen Gebäudes für das
Allgemeine Vorlesungswesen**

1911 war ein später aber ehrenwerter Versuch, diesem Umstand auch in Hamburg gerecht zu werden. Die Umsetzung eines öffentlichen höheren Bildungswesens im notwendigen Umfang jedoch gelang erst mit dem Losreißen von Militarismus und Autoritarismus durch die Revolution von 1918.

Der Anti-Faschist Albrecht Mendelssohn Bartholdy war Pazifist. Ihm konnte die bloße Abwesenheit der Gewalt keine hinreichende Konsequenz aus dem Ersten Weltkrieg sein. Er vertrat

dagegen die Überschreitung der Aggression durch das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung durch Völkerverständigung, durch die Grundsätze des Völkerbunds. Wir wissen, dass die Geschichte ihm in grauenvoller Weise Recht gegeben hat.

Der Anti-Faschist Eduard Heimann befand, dass das in der bürgerlichen Gesellschaft errungene Recht eines jeden auf Bildung ein formales blieb, weil unter der Dominanz des Marktes eine auf Kompetenzerwerb gerichtete und damit quantitative Bildung soziale Unterschiede verfestigt und vertieft. Er vertrat daher die Bindung der Bildung nicht an den Zweck zählbaren Produktions-Outputs, sondern an die Wahrheitssuche nach der Maßgabe der Würde des Menschen. Er war im Übrigen auch ein Gegner von Studiengebühren.

Das Wirken der Anti-Faschisten war davon geprägt, dass sie im Angesicht der Barbarei nicht einfach nur zu einem besseren vorherigen Zustand zurückkehren wollten, sondern Verhältnisse anstrebten, welche die Barbarei unmöglich machen. Nicht nur für die Hochschulen bedeutete dies die Ungenügendheit der Restauration nach 1945 und die Notwendigkeit der Umwälzungen von 1968.

Die Errungenschaften der 68er-Bewegung, die soziale Öffnung der Hochschulen, ihre Demokratisierung und der kritische Gesellschaftsbezug der Wissenschaften, sind in den vergangenen Jahren systematisch bekämpft worden. Kommerzialisierung durch Studiengebühren und leistungsbezogene Vergütung, hierarchisiert nach dem schlechten Vorbild von Unternehmen und marktförmig gegängelt durch strikt regulierte Bachelor-Studiengänge und nicht zuletzt in emanzipatorischen Ansprüchen negiert durch systematische Sparauflagen.

Die Krise ist nun groß. Eine erforderliche und geschichtsbewusste Kehrtwende zu einer emanzipatorischen Politik wird

nicht gelingen durch die schlichte Rücknahme und Milderung von vorherigen Verschlechterungen durch beispielsweise die nur gemächliche Aufhebung von Teilen der Studiengebühren. Sie wird erst recht nicht gelingen durch die Fortsetzung oder gar Verschärfung der haushalterischen Missachtung von Bildung, Sozialem und Kultur.

Der französische Resistencekämpfer Stephane Hessel schreibt in seinem 2010 veröffentlichten Aufruf „Empört Euch“: „Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten dieser sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen. Aber wie kann heute das Geld dafür fehlen, da doch der Wohlstand so viel größer ist als zur Zeit der Befreiung, als Europa in Trümmern lag? Doch nur deshalb, weil die Macht des Geldes – die so sehr von der Resistance bekämpft wurde – niemals so groß, so anmaßend, so egoistisch war wie heute, mit Lobbyisten bis in die höchsten Ränge des Staates. In vielen Schaltstellen der wieder privatisierten Geldinstitute sitzen Bonibanker und Gewinnmaximierer, die sich keinen Deut ums Gemeinwohl scheren.“

Aus dem heutigen Tag können wir also mitnehmen, dass jede Bescheidenheit fehl am Platze ist und Ansprüche zu erweitern sind.

Angebliche Sachzwänge sind vor allem ein Aufruf, sie aus dem Weg zu räumen. Eine selbstbewusste Wissenschaft sollte sich insbesondere dieser Verpflichtung aus der Geschichte annehmen, sich um das Gemeinwohl scheren und für Bedingungen engagieren, die eine solche gesellschaftlich verantwortungsvolle Wissenschaft möglich machen.

**WÜRDIGUNG DES NAMENSGEBERS
FÜR HÖRSAAL H**



Eduard Heimann (1889–1967)

Als Professor für Theoretische und Praktische Sozialökonomie lehrte Eduard Heimann, einer der führenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler der Weimarer Republik, von 1925 bis zu seiner Vertreibung 1933 an der Hamburgischen Universität.

Geprägt von hohem moralischem Anspruch, setzte sich der religiöse Sozialist für die Demokratie und eine gerechtere Wirtschaftsordnung ein. Im Frühjahr 1933 zählte er als „Nichtarier“ und Sozialdemokrat zu den ersten öffentlich angegriffenen, dann entlassenen Gelehrten.

Sein soziales Engagement führte der produktive Wissenschaftler vom New Yorker Exil aus fort. Nach Ende des „Dritten Reiches“ war Eduard Heimann einer der wenigen Remigranten der Universität Hamburg.

ZEITTADEL

EDUARD HEIMANN

- 1889 am 11. Juli als Sohn des Verlegers und sozialdemokratischen Politikers Hugo Heimann in Berlin geboren
- 1908–12 Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Heidelberg, Berlin und Wien
- 1912 Promotion mit der Arbeit „Zur Kritik der Sozial-Methode“ bei Alfred Weber in Heidelberg
- 1912–19 praktische Wirtschaftstätigkeit
- 1919–22 Generalsekretär bzw. Sekretär der ersten und zweiten Sozialisierungskommission im Reichswirtschaftsministerium, dadurch Verbindung zu Walther Rathenau; seit Beginn der 1920er Jahre Mitglied des Kairos-Kreises um den protestantischen Theologen Paul Tillich
- 1922 Habilitation an der Universität zu Köln; Veröffentlichung der Habilitationsschrift in erweiterter Fassung als „Mehrwert und Gemeinwirtschaft“; Umhabilitierung nach Freiburg i. Br.
- 1925–33 ordentlicher Professor für Theoretische und Praktische Sozialökonomie an der Hamburgischen Universität
- 1929 Veröffentlichung des Hauptwerks „Soziale Theorie des Kapitalismus“
- 1930–33 Mitherausgeber der „Neuen Blätter für den Sozialismus“
- 1933 zum 30. September Entlassung als „Nichtarier“ und Sozialdemokrat; mit Ehefrau und den beiden Töchtern Flucht ins US-amerikanische Exil

- 1933–58 Professor für Wirtschaftswissenschaft an der New School for Social Research, New York City
- 1948 erste Gastvorlesungen in Hamburg nach Ende des „Dritten Reiches“; Ehrendoktorwürde der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg
- 1962 Verlegung des Wohnsitzes von New York nach Hamburg; Emeritus der dortigen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sowie Lehrbeauftragter der Evangelisch-Theologischen Fakultäten in Hamburg und Bonn
- 1967 am 31. Mai gestorben in Hamburg

HEINZ RIETER

EDUARD HEIMANN (1889–1967)*

Frau Senatorin, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Fragt man heutzutage Studenten an deutschsprachigen Universitäten nach Eduard Heimann, dann muss man feststellen, dass die meisten ihn nicht einmal dem Namen nach kennen. Ich weiß nicht, ob es tröstlich ist, das gleiche Achselzucken beobachten zu können, stellt man dieselbe Frage – was ich gelegentlich tue – meinen jüngeren Fachkollegen. Ich will versuchen zu erklären, warum das so ist, und ich will in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit auch begründen, warum ich das für bedauerlich, ja betrüblich halte.

Zunächst ein paar Worte zu Heimanns Lebensweg. Er wurde 1889 in Berlin geboren und starb 1967, also vor 44 Jahren, hier in Hamburg. Er entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie. Sein Vater Hugo Heimann war eine bekannte Persönlichkeit, als Politiker gleichsam sozialdemokratisches Urgestein und zudem ein sehr erfolgreicher Verleger. In seinem Haus in Charlottenburg ging die sozialdemokratische Prominenz ein und aus. Seine Vermögenslage erlaubte es ihm, die Sozialdemokratische Partei in ihren Wahlkämpfen auch finanziell zu unterstützen. Zudem schenkte er der Stadt Berlin eine öffentliche Bibliothek und ließ Häuser für bedürftige Mitbürger bauen. Schon der Weimarer Nationalversammlung gehörte er als Abgeordneter an, danach wurde er Mitglied des Deutschen Reichstages, in dem er das wichtige Amt des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses bis zur „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten innehatte. Vater Heimann ermöglichte seinem Sohn Eduard eine exzellente Ausbildung, er ließ ihn an verschiedenen Universitäten in Deutschland und Österreich studieren. 1912 wurde

der junge Heimann bei Alfred Weber in Heidelberg promoviert und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg dann Sekretär der Sozialisierungskommission. 1922 habilitierte er sich in Köln und nahm anschließend eine Lehrtätigkeit an der Universität in Freiburg im Breisgau auf. 1925 folgte er einem Ruf auf den Lehrstuhl für Theoretische und Praktische Sozialökonomie am Seminar für Nationalökonomie und Kolonialpolitik der Hamburgischen Universität. Er war sehr angesehen in der Fakultät und wurde ein beliebter akademischer Lehrer. Sein Schüler und späterer Kollege Heinz-Dietrich Ortlieb äußerte sich darüber – zudem bezogen auf das Gebäude, in dem wir uns hier befinden – folgendermaßen in einem Interview: „Hielt Heimann Vorlesungen über Sozialpolitik [...], dann war der Hörsaal knallvoll. Die Hörsäle in dem alten Kuppelgebäude fassten so ungefähr 200 Leute. Da drängelte sich dann alles. Auch wenn er im Auditorium Maximum sprach, das war der Hörsaal A. Die Rede war seine ganz starke Seite.“

Um der Verhaftung durch die neuen Machthaber zu entgehen, musste Heimann 1933 aus Deutschland fliehen. Über die Niederlande gelangte er mit seiner Frau und seinen Zwillingstöchtern in die USA, wo er schon im Oktober 1933 in New York eine Anstellung als Professor für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Graduate Faculty, der sogenannten Exil-Universität, der New School for Social Research erhielt. Nach 1945 kam er mehrfach nach Europa, hielt Vorträge und übernahm Gastprofessuren, u. a. hier in Hamburg an seiner alten Wirkungsstätte. Der Hamburger Senat räumte ihm 1953 rückwirkend zum 1. April 1951 die Rechtsstellung eines emeritierten Ordinarius ein, doch erst 1962 kehrte Heimann endgültig mit seiner Familie nach Hamburg zurück.

Eduard Heimann nahm unter den deutschen Ökonomen im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts eine Sonderstellung ein.

Die Gründe dafür reichen bis in seine Studienzeit zurück. Dazu muss man wissen, dass etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum hauptsächlich drei wirtschaftswissenschaftliche Konzeptionen miteinander rivalisierten und sich entsprechende Hochburgen an einigen Universitäten herausgebildet hatten. Besonders einflussreich war die Historische Schule, die mehr oder weniger strikt in Opposition zur klassischen (englischen) Nationalökonomie stand und ihr organizistische und ganzheitliche Lehren entgegensetzte. Ihr Zentrum befand sich zu Heimanns Studienzeit in Berlin, wo vor allem Gustav von Schmoller den Ton angab und dem Historismus durch Wort und Tat auch an anderen Hochschulen, etwa in Heidelberg, Resonanz verschaffte. Daneben lehrten in Berlin und anderswo Professoren wie Franz Oppenheimer und Emil Lederer, die sozialistische, zum Teil marxistische Ansichten vertraten. Schließlich gab es die sogenannten Grenznutzenschulen, die in der Tradition liberaler Wirtschaftsdoktrinen standen, sich dem methodologischen Individualismus verschrieben hatten und theoretischer Forschung den Vorrang einräumten. Eines ihrer Zentren war Wien mit Carl Menger und seinen Schülern Friedrich von Wieser und Eugen von Böhm-Bawerk.

Eduard Heimann studierte in Berlin, Wien und Heidelberg. Schon die Wahl dieser Studienorte lässt erkennen, dass er von vornherein eine einseitige wissenschaftliche Orientierung vermeiden wollte. Insoweit war er damals einer der wenigen Ökonomen, die sich in allen drei Lagern gut auskannten. So konnte er später zwischen ihnen Brücken schlagen. Ganz in diesem Sinne bemühte er sich in vielen seiner Schriften und Vorträge, die Antinomie, die zwischen Theorie und Geschichte, zwischen liberalem und sozialistischem Denken bestand bzw. gesehen wurde, zu überwinden. Dafür fand er Anerkennung bei manchen seiner Fachkollegen. So ist bemerkenswert, dass ihn einerseits

Wirtschaftstheoretiker zu den ihren zählten, die das marktwirtschaftliche Prinzip entschieden verteidigten, er andererseits aber auch von historistischen und sozialistischen Fachvertretern geschätzt wurde. Diese Doppelrolle hat Heimann in zweierlei Hinsicht und dabei in besonderer Weise ausgefüllt. Zum einen war er kein marxistischer Sozialist, sondern ein religiöser Sozialist. Zum anderen hielt er einen „dritten Weg“, einen Kompromiss zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Individualismus und Kollektivismus, zwischen Marktwirtschaft und Zentralplanwirtschaft, zwischen Konkurrenzwirtschaft und Gemeinwirtschaft, nicht nur für möglich, sondern auch für die relativ beste ordnungspolitische Lösung.

Dass der Jude Heimann ein religiöser, sprich: christlicher Sozialist wurde, hing damit zusammen, dass er sehr früh und sehr stark von dem Theologen und Philosophen Paul Tillich beeinflusst worden ist, der wie er 1933 emigrieren musste und von dem er sich 1944 in den USA taufen ließ. Tillich spielte in den Auseinandersetzungen um die geistige Neuorientierung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle. Er scharte einen Kreis „religiöser Sozialisten“ unterschiedlicher Couleur um sich – Arbeiter und Intellektuelle, Juden und Christen, Pfarrer und Ökonomen. Heimann gehörte von Anfang an zu den engsten und aktivsten Mitgliedern. Tillich und seine Anhänger empfanden die Nachkriegszeit als eine außergewöhnliche Krisensituation, sie sprachen vom „kairos“, einem „epochemachenden Zeitmoment“, das gleichsam die unwiederbringliche Chance biete, ein neues, besseres Gesellschaftssystem schaffen zu können. Es war der Ruf nach einem neuen Staat, einer neuen Gesellschaft und letztlich einem neuen Menschen – und das sollte ein christlicher, aber keinesfalls vereinzelter, sondern fest in der Gemeinschaft verwurzelter Mensch sein.

Die andere Besonderheit, die Heimanns wissenschaftliches Denken formte, war eine bestimmte Auffassung von Sozialpolitik, die er schon während der Weimarer Republik in den großen Debatten über die Lösung sozialer Probleme mit Nachdruck vertrat. Mit der Gründung des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1872 wurde die sogenannte „Soziale Frage“ geradezu ein Lieblingsthema der deutschen Nationalökonomien. Im Verständnis der Historischen Schule hatte die Sozialpolitik in erster Linie Armenfürsorge zu sein, um auf diese Weise das Los der notleidenden Bevölkerung zumindest zu mildern. Der Standpunkt der Liberalen, der im Prinzip auch heute noch Gültigkeit beansprucht, war ein anderer: Sozialpolitik habe Verteilungspolitik, genauer: Umverteilungspolitik, zu sein, das heißt, sie soll die Einkommens- und Vermögensverteilung, wie sie durch das Marktgeschehen vorgegeben wird, nötigenfalls nachträglich korrigieren. Heimann hingegen verstand unter Sozialpolitik mehr, nämlich ein tiefgreifendes Reformprogramm, mit dessen Hilfe ein bestimmter Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft betrieben werden kann, um – ich zitiere – „den Menschen die in der modernen Arbeitswelt verlorengegangene Freiheit und Würde zurückzugewinnen“. Darin bestehe die wahre Aufgabe der Sozialpolitik. Was er sich darunter vorstellte, veranschaulichte er mit einer dialektischen Metapher: Dem kapitalistischen System, das er bedroht sah, müssten, um es zu retten und zugleich humaner zu machen, kollektivistische Elemente eingepflanzt werden, die wie ein Gift im Körper wirkten und auf diese Weise den Kapitalismus gegen selbstzerstörerische Kräfte immunisierten und somit dessen wünschenswerte Eigenschaften – Effizienz, Produktivkraft und Innovationsbereitschaft – bewahrten oder sogar stärkten, aber zugleich Freiheit und Menschenwürde garantierten. Zu beurteilen, ob dies ein realistischer Ansatz oder nur eine Illusion war, überlasse ich gern Ihnen. Jedenfalls war und ist Heimanns Gedankengang eine inspirierende Utopie.

Von der Nachwelt wurde Eduard Heimann schnell vergessen – sowohl in den USA, wo er ja lange gelebt und gewirkt hat, von 1933 bis 1958, als auch hier in seiner alten Heimat. Weder die Wissenschaften noch die Kirchen und die Politik haben sich bislang seiner so recht erinnert. Das ist insoweit überraschend, als man ihm viel zu verdanken hat. So bereicherte er die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften durch Beiträge, die vielfach auch heute noch lehrreich sind. Zudem gehörte er zu denjenigen, die damals die evangelische Theologie mit den modernen Sozialwissenschaften vertraut gemacht haben. Und nicht zuletzt war der Sozialdemokrat Heimann ein kluger Vor-denker des freiheitlich-demokratischen Sozialismus, was der heutigen Sozialdemokratie nicht mehr bewusst zu sein scheint.

Fragt man sich, wie es zu solchen Erinnerungslücken kommen konnte, dann drängen sich verschiedene Antworten auf. Einmal mag es daran liegen, dass die meisten sozialistischen Experimente gescheitert sind, weshalb offenbar kein Interesse mehr daran besteht, über die Heimannsche Frage nachzudenken, wie wirtschafts- und gesellschaftspolitische Mischordnungen optimal zu gestalten sind. Hinzu kam, dass die bundesdeutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach 1945 stark durch den Neoliberalismus, speziell den Ordoliberalismus der Freiburger Schule um Walter Eucken und Franz Böhm geprägt worden ist, einem Ordnungsdenken, mit dem sich Heimann meines Wissens nie auseinandergesetzt hat, wie umgekehrt auch die Freiburger seine Vorstellungen ignoriert haben. Sodann sind namentlich in der Ökonomik die von Heimann bevorzugten „deutschen Denkmittel“ wie Sinnverstehen, Dialektik, Gestalttheorie und Holismus gänzlich aus der Mode gekommen und haben anderen Ansätzen Platz gemacht. Kausalanalyse, Modellbau, Mathematik und Ökonometrie bestimmen inzwischen weltweit Forschung und Lehre im Bereich der Wirtschaftswissenschaft.

Schließlich ist zu bedenken, dass sich sowohl die Evangelische Kirche als auch die SPD und der Deutsche Gewerkschaftsbund in gewisser Hinsicht ideologisch neu orientiert haben. Ihre sozialistischen Traditionen pflegen sie so gut wie gar nicht mehr. Stattdessen haben sie sich liberalen und damit marktwirtschaftlichen Positionen angenähert oder sich zu eigen gemacht.

Meines Erachtens vermögen all diese Umstände Eduard Heimanns Lebensleistung jedoch nicht zu schmälern. Er wird immer denen zuzurechnen sein, die besonders fruchtbar soziales und wirtschaftstheoretisches Denken miteinander verknüpft haben. Auch seine Vision von einem religiösen Sozialismus bleibt beachtenswert. Und überdies hat er die Schwächen und die der Menschheit abträglichen Folgen eines ökonomisierten und technisierten Weltverständnisses, das nun mehr denn je unser Leben dominiert, früh erkannt und immer wieder benannt. In einem Vortrag im Jahre 1961 verband er seine Besorgnis mit mahnenden Worten, die wir nach wie vor ernst nehmen sollten: „Was uns fehlt, ist ein neues Bild des Lebens, das eine Demokratie anständigerweise für ihre Bürger wünschen muss, wo moralische, ästhetische und technische Überlegungen im Gleichgewicht sind.“

* Mehr über Eduard Heimanns Leben und Schaffen ist zu erfahren aus meinem Beitrag „Eduard Heimann – Sozialökonom und religiöser Sozialist“. In: Rainer Nicolaysen (Hg.): Das Hauptgebäude der Universität Hamburg als Gedächtnisort. Mit sieben Porträts in der NS-Zeit vertriebener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Hamburg 2011, S. 229–259.

**WÜRDIGUNG DES NAMENSGEBERS
FÜR HÖRSAAL K**



Albrecht Mendelssohn Bartholdy (1874–1936)

Von 1920 bis zu seiner Zwangsemeritierung 1933
lehrte Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Urenkel
des Aufklärungsphilosophen Moses Mendelssohn und
Enkel des Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy,
als Professor für Zivilrecht, Auslandsrecht und
Internationales Privat- und Prozessrecht an
der Hamburgischen Universität.

Das zudem seit 1923 von ihm geleitete Institut für Aus-
wärtige Politik machte sich als eines der weltweit ersten
Friedensforschungsinstitute rasch einen Namen.

Mendelssohn Bartholdy zählte zu den entschiedenen
Verfechtern der Weimarer Demokratie, die er auch
im Ausland – insbesondere in Großbritannien und
den USA – wirkungsvoll zu repräsentieren vermochte.
Mit der Vertreibung als „Nichtarier“ wurde seine beein-
druckende Verständigungspolitik abrupt beendet.

ZEITTADEL

ALBRECHT MENDELSSOHN BARTHOLDY

- 1874 am 25. Oktober in Karlsruhe geboren
- 1892–97 Studium der Rechtswissenschaft in Leipzig, Heidelberg und München
- 1897 Promotion mit einer Arbeit zur Auslegung der Zivilprozessordnung bei Adolf Wach in Leipzig
- 1901 Habilitation mit der 1900 erschienenen Schrift „Grenzen der Rechtskraft“
- 1901–05 Lehrtätigkeit als Privatdozent, dann als außerordentlicher Professor an der Universität Leipzig
- 1905–20 ordentlicher Professor für Zivilprozessrecht und Bürgerliches Recht an der Universität Würzburg
- 1919 Mitglied der deutschen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles
- 1919–27 mit Friedrich Thimme und Johannes Lepsius Herausgeber der deutschen Akten zur Vorgeschichte des Weltkriegs, erschienen in den Jahren 1922 bis 1927 als 40-bändige Edition „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914“
- 1920–33 Professor für Zivilrecht, Auslandsrecht und Internationales Privat- und Prozessrecht an der Hamburgischen Universität
- 1923–34 Gründer und Leiter des Instituts für Auswärtige Politik in Hamburg; Herausgeber der Zeitschrift Europäische Gespräche

- 1925 Ernennung zum ersten deutschen Richter am Internationalen Schiedsgericht in Den Haag zur Auslegung des Dawes- bzw. Young-Plans
- 1927 Ehrendoktorwürde der Harvard University
- 1929 Gründungsmitglied der Gesellschaft der Freunde der Vereinigten Staaten in Hamburg
- 1929 Ehrendoktorwürde der University of Chicago
- 1931 Berufung in die deutsche Delegation der Bundesversammlung des Völkerbunds in Genf
- 1933 zum Ende des Jahres Zwangsemeritierung als „Nichtarier“
- 1934 im Februar erzwungener Rücktritt als Leiter des Instituts für Auswärtige Politik
- 1934–36 mit seiner Ehefrau und den beiden Adoptivtöchtern Exil in England; als Fellow am Balliol College, Oxford
- 1936 am 26. November in Oxford gestorben
- 1937 „The War and German Society. The Testament of a Liberal“ (postum)

RAINER NICOLAYSEN

ALBRECHT MENDELSSOHN BARTHOLDY (1874–1936)*

Sehr geehrte Frau Senatorin Stapelfeldt,
sehr geehrter Herr Präsident Lenzen,
lieber Herr Tenorth, lieber Herr Rieter,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Ururenkel des Aufklärungsphilosophen Moses Mendelssohn und Enkel des Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy, zählt zu den bedeutendsten Gelehrten in der Geschichte der Hamburger Universität. Als ordentlicher Professor für Zivilrecht, Auslandsrecht und Internationales Privat- und Prozessrecht gehörte er ihr von 1920 bis zu seiner Zwangsemeritierung 1933 an. Insbesondere in diesen dreizehn Jahren erlangte nicht nur der Jurist, sondern auch der Friedensforscher Mendelssohn Bartholdy internationales Renommee: als Leiter des bald berühmten Instituts für Auswärtige Politik, eines der ersten Friedensforschungsinstitute in der Welt. Unter den Professoren gehörte Mendelssohn zu den wenigen entschiedenen Verfechtern der Weimarer Demokratie, die er auch auf ausländischem Parkett wirkungsvoll zu repräsentieren wusste.

Im Jahre 1874 hineingeboren in eine der bekanntesten deutschen Bankiers-, Gelehrten- und Künstlerfamilien, hat Albrecht Mendelssohn Bartholdy zeitlebens die eigene Rolle in der Tradition der Mendelssohns reflektiert, wobei er trotz der drei Generationen zurückliegenden Konversion zum Christentum die jüdischen Wurzeln seiner Familie niemals verleugnete. Großen Wert legte er auf das gleichberechtigte Nebeneinander seiner beiden Namensteile – des jüdischen „Mendelssohn“ und des christlichen Taufnamens „Bartholdy“ – und auf die

Selbstständigkeit der damit verbundenen Kulturen, die in der Schreibweise *ohne* Bindestrich zur Geltung kommt.

Nach dem Abitur in seiner Geburtsstadt Karlsruhe 1892 studierte Mendelssohn Bartholdy Rechtswissenschaft an den Universitäten Leipzig, Heidelberg, München und wiederum Leipzig, wo der 22-Jährige 1897 mit einer Arbeit zur Auslegung der Zivilprozessordnung bei seinem Onkel Adolf Wach, einem der damals renommiertesten Rechtsgelehrten in Deutschland, promoviert wurde. Vier Jahre später habilitierte sich Mendelssohn Bartholdy, ebenfalls in Leipzig, mit der bereits 1900 erschienenen, viel beachteten Schrift „Grenzen der Rechtskraft“, in der er Geschichte und Grundlinien des französischen, des anglo-amerikanischen und des deutschen Rechts miteinander verglich. Die Untersuchung verweist bereits auf die späteren rechtsvergleichenden Studien; sie zeigt auch einen jungen Gelehrten, der über den deutschen Tellerrand weit hinauszublicken vermochte. Nach einer Lehrtätigkeit als Privatdozent und außerordentlicher Professor in Leipzig erhielt Mendelssohn Bartholdy 1905 die ordentliche Professur für Zivilprozessrecht und Bürgerliches Recht an der Universität Würzburg. Im selben Jahr heiratete er seine Cousine Dora Wach.

In seiner Würzburger Zeit profilierte sich Mendelssohn Bartholdy mit zahlreichen Veröffentlichungen zum englischen Recht als der bedeutendste Experte auf diesem Feld in Deutschland. Nicht nur angelsächsisches Rechtsdenken und Politikverständnis waren ihm nahe, sondern ebenso englische Literatur, über die er etwa im Feuilleton der angesehenen „Frankfurter Zeitung“ mit profunder Kenntnis berichtete. Überhaupt lebte Mendelssohn Bartholdy, der am liebsten Dirigent geworden wäre, neben der wissenschaftlichen Tätigkeit stets seine künstlerische Ader. Bereits als Student hatte er 1896 gemeinsam mit Carl von Arnswaldt den von Rilke positiv rezensierten Gedichtband

„Schmetterlinge“ veröffentlicht, dem eigene Opernlibretti und Liedkompositionen folgten. Im Jahre 1912 war Mendelssohn Bartholdy Mitbegründer der Würzburger Volkskonzerte, in denen der vielfach Talentierte auch als Pianist auftrat. Das 1. Mainfränkische Musikfest 1914 verdankte sich ebenso seiner Initiative wie die Max-Reger-Gedächtniskonzerte in Würzburg 1916/17.

Der Erste Weltkrieg schied Mendelssohn Bartholdys Leben nach eigenen Worten in ein Vorher und ein Nachher. Zwei Jahre vor dem Krieg war er an der Gründung eines Deutsch-Englischen Verständigungskomitees beteiligt gewesen und hatte auf dessen Londoner Konferenz im Oktober 1912 eine der Hauptreden gehalten. Hier formulierte Mendelssohn nichts weniger als sein eigenes Lebensmotto, wenn er über den im Jahre 1900 verstorbenen britischen Autor, Maler und Sozialreformer John Ruskin erklärte: „Keinem Schriftsteller verdanke ich persönlich mehr als [...] Ruskin, und eine seiner eindringlichsten Lehren ist gewiß die, dass, um das Schlechte zu bekämpfen, man nicht die Übeltäter beschimpfen und verfolgen, sondern einfach selbst aus allen Kräften all das Gute tun muß, dessen man fähig ist. Das Gute, das wirklich getan und nicht bloß gemeint und ausgesprochen wird, ist aus sich selbst mächtiger als das Schlechte.“

Bei Kriegsbeginn 1914 teilte Mendelssohn Bartholdy, obgleich durchaus patriotisch gesinnt, nicht die Begeisterung weiterer Teile auch seiner Umgebung. Stattdessen engagierte er sich humanitär: in der Betreuung ausländischer Kriegsgefangener (was ihn Anfeindungen nationalistischer Kreise aussetzte), in der Invalidenhilfe und bei der Vermisstensuche; mitten im Krieg auch adoptierte das Ehepaar Mendelssohn Bartholdy 1916 ein fünf Monate altes Mädchen – und 1920 ein weiteres.

Albrecht Mendelssohn Bartholdys Schriften der Kriegszeit kreisen um die Frage, wie militärische Auseinandersetzungen

künftig zugunsten gewaltfreier Konfliktregelung verhindert werden könnten. In fünf Vorträgen über „Bürgertugenden in Krieg und Frieden“ stellte er 1916 Heinrich von Treitschkes Machtlehre eine Tugendlehre gegenüber, wonach nicht Aggression und Vergeltung, sondern Rechtlichkeit und Gemeinsinn als Grundtugenden zu gelten hätten. Den Weg in eine parlamentarische Demokratie begrüßte Mendelssohn nach Kriegsende ausdrücklich. Im November 1918 gehörte er zu den Gründern der Würzburger Volkshochschule, im Jahre 1919 erschien seine Schrift über den „Volkswillen“ zu grundlegenden Fragen einer demokratischen Verfassung. Für das Frauenwahlrecht hatte sich Mendelssohn schon vor dem Krieg eingesetzt und auch die englische Suffragetten-Bewegung öffentlich verteidigt.

Im Mai 1919 wurde Mendelssohn Bartholdy von der neuen Reichsregierung in die deutsche Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles berufen, wo er mit Max Weber, Hans Delbrück und Max Graf Montgelas das sogenannte Professorengutachten verfasste, die deutsche Protest-Antwort auf den Artikel 231, der die Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg festschrieb. Ebenfalls um die Kriegsschuldthese der Alliierten zu widerlegen, erklärte sich Mendelssohn Bartholdy im Spätsommer 1919 gegenüber der Reichsregierung bereit, die Herausgabe der deutschen Akten zur Vorgeschichte des Weltkriegs zu übernehmen. Glücklicherweise wurde er mit diesem Mammut-Projekt, umgesetzt schließlich gemeinsam mit Johannes Lepsius und dem federführenden Friedrich Thimme, nicht. Die 40-bändige Edition, erschienen von 1922 bis 1927 unter dem Titel „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914“, enthält eine erschlagende Menge von Quellen und blieb doch – auch für Mendelssohn selbst – eine methodisch fragwürdige Unternehmung.

Im Sommer 1920 siedelte Mendelssohn Bartholdy mit seiner Familie nach Hamburg über, wo an der im Jahr zuvor eröffneten

Universität der Lehrstuhl für ausländisches Recht für ihn errichtet worden war. Ebenso ganz auf Mendelssohn Bartholdy als Leiter zugeschnitten, wurde 1923 das Institut für Auswärtige Politik etabliert, das ab 1924 in der „Alten Post“ in der Poststraße untergebracht war und gemeinsam von der Stadt und privaten Geldgebern finanziert wurde. Zu den Zielen des Instituts zählte neben der Erforschung von Kriegsursachen die Entwicklung von Richtlinien für eine „stetige, wirksame und dem Frieden dienende Außenpolitik“. Mendelssohn Bartholdy wollte der „modische[n] Abneigung gegen die politische Theorie, ja gegen besonnenes Denken überhaupt“ entgegentreten mit einer „ruhig wissenschaftliche[n] Bereitung des Grundes für die auswärtige Politik der Zukunft“. In kurzer Zeit wurde das Mendelssohn-Institut zu einem geistigen Zentrum der Demokratie von Weimar; zeitweise tätig waren hier etwa Alfred Vagts, Paul Marc, Theodor Haubach, Hans von Dohnanyi, Siegfried Lands hut, Wolfgang Hallgarten sowie Mendelssohns kongeniale Mitarbeiterin und Assistentin am Lehrstuhl Magdalene Schoch, die sich 1932 als erste Juristin in Deutschland habilitierte. Nach ihr, die im „Dritten Reich“ zu keinen Konzessionen bereit war und 1937 in die USA emigrierte, wurde bereits im Jahre 2006 der Hörsaal J in diesem Gebäude benannt.

In der Doppelfunktion als Ordinarius an der Universität und Leiter des eigenen Instituts erreichte Albrecht Mendelssohn Bartholdy in Hamburg den Höhepunkt seines reichen und vielseitigen Schaffens, das in weit über 500 Publikationen und auch etwa 20.000 meist handschriftliche Briefe mündete. National wie international war der Gelehrte ein gefragter Experte. Seine Tätigkeit in Hamburg war geprägt von starker öffentlicher Präsenz; die Foren reichten von der Volkshochschule bis zum Überseeclub. Werner von Melle betonte in dieser Zeit, Mendelssohn sei einer der weithin bekanntesten Vertreter der Hamburgischen

Universität, seine so überaus gefragten, nach Inhalt und Form vollendeten Vorträge seien ein künstlerischer Genuss. Im August 1923 hielt er die offizielle Rede zum Verfassungstag im Hamburger Rathaus; sechs Jahre später übernahm er die gleiche Aufgabe in Altona. Im Ausland wirkte Mendelssohn Bartholdy für das demokratische Deutschland als „Versöhnungsdiplomate“ (wie Gisela Gantzel-Kress 1985 treffend formuliert hat).

Die Reichsregierung ernannte ihn 1925 zum ersten deutschen Richter am Internationalen Schiedsgericht in Den Haag zur Auslegung des Dawes- bzw. Young-Plans und entsandte ihn 1931 als deutschen Delegierten in die Bundesversammlung des Völkerbunds. Aus seiner erfolgreichen Vortrags- und Verständigungstätigkeit in den USA resultierte 1927 die Ehrendoktorwürde der Harvard University. Mendelssohn Bartholdy war damit der erste Deutsche, dem diese Ehrung nach dem Ersten Weltkrieg zuteil wurde. Als nächste folgten, Jahre später, Albert Einstein und Thomas Mann. 1929 erhielt Mendelssohn Bartholdy auch den Ehrendokortitel der University of Chicago. Im selben Jahr gehörte er in Hamburg zu den Gründungsmitgliedern der „Gesellschaft der Freunde der Vereinigten Staaten“. Deren Zeitschrift, die „Hamburg-Amerika-Post“, trug den bezeichnenden Untertitel: „A messenger of good will between the United States and Germany“. Dank Mendelssohns Initiative war die Hamburger Universität für das Studium des amerikanischen Rechts führend unter den deutschen Hochschulen geworden.

Die Erfolgsgeschichte Mendelssohn Bartholdys in den 1920er Jahren war allerdings durchaus brüchig und gefährdet, vor allem durch antisemitische Anwürfe. Als 1925 die Juristische Fakultät in Bonn Mendelssohn berufen wollte, lief der dortige Staatsrechtler Carl Schmitt Sturm gegen die Nominierung des berühmten Hamburger Kollegen. In Praktizierung seines bekannten Freund-Feind-Denkens verfasste er das entscheidende

„Sondergutachten gegen die Berufung“, in dem er Mendelssohn einen „widerlichen, feigen, dilettantischen Juden“ und „Schöngeist“ nannte. Angriffen war Mendelssohn 1932 in Hamburg auch von Seiten nationalsozialistischer Studenten ausgesetzt, nachdem er öffentlich gegen den radikalen Rechtsruck an der Hamburgischen Universität und bei ihren Studenten Stellung genommen hatte – unter den Professoren war er der einzige derart couragierte Mahner.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde Albrecht Mendelssohn Bartholdy 1933 zwangsemertiert und 1934 zum Rücktritt aus der Leitung des Instituts für Auswärtige Politik gezwungen, dessen Ausrichtung bald konterkariert wurde. Das letzte Hamburger Jahr 1933/34 war Mendelssohns einsamstes. Gegen die Flut der Entlassungen „nicht-arischer“ und politisch unerwünschter Universitätsangehöriger gab es auch in Hamburg so gut wie keinen Protest, geschweige denn Widerstand. Gegenüber Friedrich Thimme sprach Mendelssohn Bartholdy im Dezember 1933 von einer Zeit, „in der die meisten ‚Freunde‘ (und vor allem natürlich die Kollegen) sich aufs sorgfältigste zurückhielten“.

Im September 1934 emigrierte Mendelssohn mit seiner Familie nach Oxford, wo der knapp 60-Jährige am Balliol College keine Stelle erhalten hatte, aber als Fellow willkommen war – eine Art Gnadenbrot, wenn auch auf hohem Niveau. Nur zwei Jahre währte dieses Exil. Am 26. November 1936 starb Albrecht Mendelssohn Bartholdy im Alter von 62 Jahren an Magenkrebs. Sein letztes Buch „The War and German Society“ erschien postum 1937. Als Herausgeber versah der amerikanische Historiker James Shotwell das Werk mit dem Untertitel „The Testament of a Liberal“.

* Eine annotierte Langfassung dieses Vortrags mit dem Titel „Verfechter der Verständigung – der Jurist und Friedensforscher Albrecht Mendelssohn Bartholdy“ findet sich in dem am 13. Mai 2011 erschienenen Sammelband: Rainer Nicolaysen (Hg.): Das Hauptgebäude der Universität Hamburg als Gedächtnisort. Mit sieben Porträts in der NS-Zeit vertriebener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Hamburg 2011, S. 199–227.

REDNERINNEN UND REDNER

Dieter Lenzen, geb. 1947, Dr. phil., Professor für Philosophie der Erziehung, 2003–2010 Präsident der Freien Universität Berlin, seit 1. März 2010 Präsident der Universität Hamburg.

Rainer Nicolaysen, geb. 1961, Dr. phil., Leiter der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte und apl. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg.

Till Petersen, Lehramtsstudent mit den Unterrichtsfächern Physik und Philosophie an der Universität Hamburg; Mitglied im Fachschaftsrat Erziehungswissenschaft.

Heinz Rieter, geb. 1937, Dr. rer. oec., emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre, zuletzt an der Universität Hamburg (1984–2004).

Dorothee Stapelfeldt, geb. 1956, Dr. phil., seit 2011 Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg.

Heinz-Elmar Tenorth, geb. 1944, Dr. phil., emeritierter Professor für Historische Erziehungswissenschaft, zuletzt an der Humboldt-Universität zu Berlin (1991–2011).

GESAMTVERZEICHNIS DER BISHERIGEN HAMBURGER UNIVERSITÄTSREDEN

- Band 1** [nicht erschienen; offensichtlich vorgesehen für den Neudruck von: Reden von Senator Heinrich Landahl und Professor Dr. Emil Wolff, Rektor der Universität, gehalten bei der Feier der Wiedereröffnung am 6. November 1945 in der Musikhalle. Hamburg o. J. (1946)].
- Band 2** [nicht erschienen; vermutlich vorgesehen für die Rede Emil Wolffs zum Beginn seines zweiten Amtsjahres als Rektor, November 1946: Bishop Berkeley und die Gegenwart].
- Band 3** (1950) Das Wesen der Staatswissenschaft. Rede gehalten anlässlich der Jahresfeier der Universität Hamburg am 10. Mai 1947 von Dr. Hans Ritschl.
- Band 4** (1950) Der dauernde Friede. Rede gehalten anlässlich der Feier des Rektorwechsels an der Universität Hamburg am 6. November 1947 von Dr. Rudolf Laun (2. Auflage).
- Band 5** [nicht erschienen; vermutlich vorgesehen für die Rede von Joachim Kühnau bei der Jahresfeier im Mai 1948: Die Struktur der lebendigen Substanz].
- Band 6** (1950) Die Sonderstellung des Wasserstoffs in der Materie. Rede gehalten anlässlich der Feier des Rektorwechsels an der Universität Hamburg am 17. November 1948 von Dr. Paul Harteck.
- Band 7** (1950) Goethes Verwandlungen. Rede gehalten zur Feier des 30. Jahrestags der Universität Hamburg am 10. Mai 1949 von Dr. Hans Pyritz.
- Band 8** (1951) Das Grundgesetz Westdeutschlands. Ansprache gehalten im Auftrage der Universität Hamburg an die Studenten der Universität Hamburg am 24. Mai 1949 von Prof. Dr. Rudolf Laun (2. Auflage).
- Band 9** (1950) Über das Grundgesetz. Rede gehalten anlässlich des Beginns des neuen Amtsjahres des Rektors der Universität Hamburg am 17. November 1949 von Dr. Hans Peter Ipsen.
- Band 10** (1951) Das pazifische Ozeanreich der Vereinigten Staaten. Rede gehalten anlässlich der Jahresfeier der Universität Hamburg am 10. Mai 1950 von Dr. Albert Kolb.
- Band 11** (1950) Vom Sinn der Krankheit. Rede gehalten anlässlich der Feier des Rektoratswechsels an der Universität Hamburg von Dr. Arthur Jores am 15. November 1950.

- Band 12** Grundlagen der therapeutischen Strahlenwirkung, von Dr. Hermann (1951) Holthusen.
- Band 13** Theorie und Praxis im Denken des Abendlandes. Rede anlässlich (1951) der Feier des Rektoratswechsels am 14. November 1951 von Dr. Bruno Snell.
- [ohne Nr.] Dr. phil. Emil Wolff, ordentlicher Professor für Englische Sprache (1952) und Kultur, Rektor der Universität Hamburg in den Amtsjahren 1923/24 und 1945/47 [zum Gedächtnis], gest. 24. Februar 1952. Gedenkfeier 1. März 1952.
- Band 14** Die Einheit der europäischen Kultur und Bildung. Rede gehalten (1952) anlässlich der Jahresfeier der Universität Hamburg am 14. Mai 1952 von Dr. Wilhelm Flitner.
- Band 15** Integrierte Forschung, ein Ausweg aus der Krise der Wissenschaft (1953) (Betrachtungen am Beispiel der Holzforschung). Rede anlässlich des Beginns des neuen Amtsjahres des Rektors gehalten von Franz Kollmann am 12. November 1952.
- Band 16** Die Gleichheit vor dem Richter. Rede anlässlich der Feier des Rektor- (1954) wechsels am 11. November 1953 von Dr. Eduard Bötticher (2. Auflage 1961).
- Band 17** Abendländisches Geschichtsdenken. Rede gehalten anlässlich der (1954) Feier des 35. Jahrestages der Universität Hamburg am 19. Mai 1954 von Dr. Otto Brunner.
- Band 18** Australien im Weltbild unserer Zeit. Rede gehalten anlässlich der (1955) Feier des Rektorwechsels an der Universität Hamburg am 12. November 1954 von Dr. Albert Kolb.
- Band 19** Ernst Cassirer zum Gedächtnis. Rede gehalten am 16. Dezember (1955) 1954 auf einer Gedenkfeier in der Universität anlässlich seines 80. Geburtstages am 28. Juli 1954 von Dr. Wilhelm Flitner.
- Band 20** Der Ökonom und die Gesellschaft. Rede anlässlich der Feier zum (1955) Beginn des neuen Amtsjahres des Rektors am 9. November 1955 von Dr. Karl Schiller.
- [ohne Nr.] Indien und die Welt im Umbruch. Festvortrag gehalten von Jawa- (1956) harlal Nehru, indischer Ministerpräsident, anlässlich seiner Ehrenpromotion am 16. Juli 1956 in Hamburg.
- Band 21** Zwei Denkweisen. Ein Beitrag zur deutsch-amerikanischen Verständ- (1957) digung. Rede anlässlich der feierlichen Ehrenpromotion durch die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät von Prof. Dr. James B. Conant. / Universitäten heute. Rede anlässlich der Feier des Rektorwechsels von Dr. Karl Schiller. Beide Reden vom 20. November 1956.

- Band 22** Allergie und ihre Bedeutung für die neuzeitliche Medizin. Rede gehalten anlässlich der Feier des 38. Jahrestages der Universität Hamburg am 15. Mai 1957 von Dr. Dr. Josef Kimmig.
- Band 23** Descartes und die neuzeitliche Naturwissenschaft. Rede gehalten anlässlich der Feier zum Beginn des neuen Amtsjahres des Rektors der Universität Hamburg am 13. November 1957 von Dr. phil. Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker.
- Band 24** Die Ausrottung der Malaria als Aufgabe der internationalen Forschung. Rede gehalten anlässlich der Feier des Rektorwechsels an der Universität Hamburg am 12. November 1958 von Dr. med. Dr. med. vet. h. c. Ernst Georg Nauck.
- Band 25** Das Fach „Geschichte“ und die historischen Wissenschaften. Rede gehalten anlässlich der Feier des Rektorwechsels an der Universität Hamburg am 11. November 1959 von Dr. phil. Otto Brunner.
- Band 26** Staat und Wissenschaft im Dienste der Erziehung. Reden zur Einweihung des Neubaus des Pädagogischen Instituts und des Seminars für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg am 2. Mai 1960 (von Prof. Dr. Hans Wenke, Senator Dr. Paul Nevermann, Senator Heinrich Landahl, Prof. Dr. Otto Brunner, Prof. Dr. Georg Geißler, Prof. Dr. Wilhelm Flitner).
- Band 27** Was heißt Freiheit? Rede anlässlich der Feier des Rektorwechsels an der Universität Hamburg am 9. November 1960 von Dr. theol. Dr. phil. Helmut Thielicke D. D.
- Band 28** Das Vermächtnis einer Universität an unsere Zeit. Gedenkrede zum 150. Geburtstag der Gründung der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin gehalten in einer akademischen Feier der Universität Hamburg am 14. Dezember 1960 von Dr. phil. Hans Wenke.
- Band 29** Zum Tag der deutschen Einheit. Ansprachen einer Gedenkstunde des Allgemeinen Studenten-Ausschusses am 17. Juni 1961 (von Prof. Dr. Karl Schiller und stud. phil. Ulf Andersen).
- Band 30** Zum Tag der deutschen Einheit. Vorlesungen von Prof. Dr. Eduard Heimann, Prof. Dr. Hans-Rudolf Müller-Schwefe, Prof. Dr. Albrecht Timm am 17. Juni 1963.
- Band 31** Moderne Denkweisen der Mathematik. Rede anlässlich der Feier des Rektorwechsels an der Universität Hamburg am 12. November 1963 von Dr. rer. nat. Emanuel Sperner.
- Band 32** Deutscher Widerstand 1933–1945. Eröffnungsrede zu einer Gedächtnisausstellung (am 20. Juli 1964) von Dr. jur. Wilhelm Hennis. / Der kirchliche Widerstand. Vortrag gehalten am 24. Juli 1964 von Dr. theol. Kurt Dietrich Schmidt.

- Band 33** Klinische Medizin im Wandel der Zeiten. Rede gehalten anlässlich [o. J.] des Rektorwechsels an der Universität Hamburg am 11. November 1965 von Dr. med. Karl-Heinz Schäfer.
- Band 34** Aby Warburg, geb. 13. Juni 1866, gest. 26. Oktober 1929. Gedenkfeier (1966) anlässlich der 100. Wiederkehr seines Geburtstages am Montag, dem 13. Juni 1966.
- Band 35** Über die Mikrostruktur der Materie. Rede gehalten anlässlich der (1967) Feier zum Beginn des neuen Amtsjahres des Rektors der Universität Hamburg am 22. November 1966 von Dr. phil. Willibald Jentschke.
- [ohne Nr.] In memoriam Eduard Heimann: Sozialökonom, Sozialist, Christ. (1968) Reden gehalten anlässlich der Gedächtnisfeier der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg am 23. November 1967 von Spectabilis Prof. Dr. Heinz Gollnick und Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb.
- Band 36** Interdisziplinäre Forschung als geschichtliche Herausforderung. (1981) Zum 70. Geburtstag von Hans-Rudolf Müller-Schwefe. Rede von Prof. Dr. A. M. Klaus Müller gehalten auf der Festveranstaltung des Fachbereichs Evangelische Theologie am 26. Juni 1980.
- Band 37** Gedenkreden auf Ulrich Pretzel (1898–1981). Ansprachen auf der (1982) Trauerfeier am 27. November 1981 und der Akademischen Gedenkfeier am 20. Januar 1982.
- Band 38** „Und sie bewegt sich doch!“ Unordentliche Gedanken über die (1982) Verwaltung. Zur Verleihung des Grades eines Doktors der Rechtswissenschaft ehrenhalber an Ulrich Becker am 29. April 1982.
- Band 39** Ein Leben im Zeichen der Universität. Kurt Hartwig Siemers zum (1982) siebzigsten Geburtstag am 30. Dezember 1977.
- Band 40** Zum Gedenken an Otto Brunner (1898–1982). Ansprachen auf der (1983) Akademischen Gedenkfeier am 1. Dezember 1982.
- [ohne Nr.] Arbeitswissenschaft als Lebensaufgabe eines Forstmanns. Reden (1983) zum 90. Geburtstag von Hubert Hugo Hilf anlässlich der Feierstunde der Universität Hamburg und der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft am 11. April 1983.
- Band 41** Rückblick auf die „Weltchronik“ 1940–1945. Zur Verleihung des (1983) Grades eines Doktors der Philosophie ehrenhalber an Jean Rudolf von Salis am 29. Juni 1983.
- Band 42** Zur Verleihung des Grades eines Doktors der Philosophie ehrenhalber (1984) an Hans W. Hertz anlässlich der Feierstunde am 18. Januar 1984.

- Band 43** Bankbetrieb und Finanzwirtschaft der Unternehmung. Zur Emeritierung von Otfrid Fischer anlässlich der Festveranstaltung am 3. Mai 1984.
- Band 44** Die protestantische Ethik und der Verfall des Kapitalismus. Zur Verleihung der Goldenen Doktorurkunde an Werner Stark anlässlich der Feierstunde am 23. Mai 1984.
- Band 45** Zum Gedenken an Helmut Thielicke (1908–1986). Ansprachen auf der Akademischen Gedenkfeier am 4. Dezember 1986.
- Band 46** Zum Gedenken an Bruno Snell (1896–1986). Ansprachen auf der Akademischen Gedenkfeier am 30. Januar 1987.
- Band 47** Zur Verleihung der Würde eines Ehrensenators an Rudolf Augstein, Kurt A. Körber, Werner Otto, Elsbeth Weichmann. Ansprachen auf der Sitzung des Akademischen Senats am 2. Mai 1988.
- Band 48** Zum Gedenken an Hans Schimank (1888–1979). Festkolloquium, verbunden mit der Verleihung des Schimank-Preises, aus Anlaß seines 100. Geburtstages am 9. Mai 1988.
- Band 49** Rückblicke aus der Praxis, Anfragen an die Theorie. Gedenksymposium aus Anlaß des zehnjährigen Todestages von Heinz Kluth (1921–1977) am 20. Januar 1988.
- Band 50** Zum Gedenken an Eduard Bötticher (1899–1989). Akademische Gedächtnisfeier am 10. November 1989.
- Band 51** Erstmals seit über zwanzig Jahren ... Reden, gehalten aus Anlaß des Wechsels im Amt des Universitätspräsidenten am 17. Juni 1991.
- Band 52** Gedenkreden auf Egmont Zechlin (1896–1992). Ansprachen auf der Akademischen Gedenkfeier am 16. Dezember 1992.
- Band 53** Gedenkreden auf Ludwig Buisson (1918–1992). Ansprachen auf der Akademischen Gedenkfeier am 7. Januar 1993.
- Band 54** Entwicklungstendenzen des Zivilprozeßrechts in Deutschland und Europa. Zur Verleihung des Grades eines Doktors der Rechtswissenschaft ehrenhalber an Konstantinos D. Kerameus anlässlich des Festaktes am 4. Februar 1993.
- Band 55** Zum Gedenken an Otfrid Fischer (1920–1996). Akademische Gedenkfeier am 22. Januar 1997.
- Band 56** 3. Mai 1945 – Erinnerung an das Kriegsende in Hamburg. Veranstaltung der Universität Hamburg und der Deutsch-Englischen Gesellschaft e. V. am 3. Mai 1995.
- Band 57** Zum Gedenken an Klaus-Detlev Grothusen und Günter Moltmann. (1997)

- Band 58** Verleihung der Bruno Snell-Plakette an Walter Jens. Feier am (1998) 12. Dezember 1997 im Kaisersaal des Hamburger Rathauses.
- Band 59** Zum Gedenken an Herbert Jacob (1927–1997). Akademische Gedenkfeier am 1. Juli 1998.
- N. F. Band 1** Zum Gedenken an Ernst Cassirer (1874–1945). Ansprachen auf (1999) der Akademischen Gedenkfeier am 11. Mai 1999.
- N. F. Band 2** Zum Gedenken an Agathe Lasch (1879–1942?). Reden aus Anlass (2002) der Benennung des Hörsaals B im Hauptgebäude der Universität Hamburg in Agathe-Lasch-Hörsaal am 4. November 1999.
- N. F. Band 3** Zum Gedenken an Peter Borowsky. (2003)
- N. F. Band 4** Zum Gedenken an Peter Herrmann 22.5.1927 – 22.11.2002. (2004)
- N. F. Band 5** Verleihung der Bruno Snell-Plakette an Fritz Stern. Reden zur (2004) Feier am 19. November 2002 an der Universität Hamburg.
- N. F. Band 6** Zum Gedenken an Eberhard Schmidhäuser. Reden, gehalten (2004) auf der akademischen Gedenkfeier der Universität Hamburg am 6. Februar 2003.
- N. F. Band 7** Ansprachen zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an Professor (2004) Dr. Klaus Garber am 5. Februar 2003 im Warburg-Haus.
- N. F. Band 8** Zum Gedenken an Dorothee Sölle. (2004)
- N. F. Band 9** Zum Gedenken an Emil Artin (1898–1962). Reden aus Anlass (2006) der Benennung des Hörsaals M im Hauptgebäude der Universität Hamburg in Emil-Artin-Hörsaal am 26. April 2005.
- N. F. Band 10** „Quod bonum felix faustumque sit“. Ehrenpromotion von (2006) Walter Jens zum Dr. theol. h. c. am 3. Juni 2005 in der Universität Hamburg.
- N. F. Band 11** Zur Eröffnung des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für (2007) Naturwissenschaft und Friedensforschung.
- N. F. Band 12** Zur Verleihung der Ehrensatorwürde der Universität Ham- (2007) burg an Professor Wolfgang K. H. Panofsky am 6. Juli 2006.
- N. F. Band 13** Reden zur Amtseinführung von Prof. Dr.-Ing. habil. Monika (2007) Auweter-Kurtz als Präsidentin der Universität Hamburg am 1. Februar 2007.

- N. F. Band 14** 50 Jahre Universitätspartnerschaft Hamburg – Bordeaux. (2008) Präsentation des Jubiläumsbandes und Verleihung der Ehrendoktorwürde an Prof. Dr. Jean Mondot am 30. Oktober 2007 im Warburg-Haus, Hamburg.
- N. F. Band 15** Reden zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität (2008) Hamburg an Prof. Dr. h. c. Dr. h. c. Manfred Lahnstein am 31. März 2008.
- N. F. Band 16** Zum Gedenken an Magdalene Schoch (1897–1987). Reden aus (2008) Anlass der Benennung des Hörsaals J im Hauptgebäude der Universität Hamburg in Magdalene-Schoch-Hörsaal am 15. Juni 2006.
- N. F. Band 17** Zum Gedenken an Erwin Panofsky (1892–1968). Reden aus (2009) Anlass der Benennung des Hörsaals C im Hauptgebäude der Universität Hamburg in Erwin-Panofsky-Hörsaal am 20. Juni 2000.
- N. F. Band 18** 100 Jahre Hauptgebäude der Universität Hamburg. Reden der (2012) Festveranstaltung am 13. Mai 2011 und anlässlich der Benennung der Hörsäle H und K im Hauptgebäude der Universität nach dem Sozialökonom Eduard Heimann (1889–1967) und dem Juristen Albrecht Mendelssohn Bartholdy (1874–1936).

Die Bände der *Neuen Folge* sind, soweit vorrätig, als Print-Ausgaben über den Buchhandel erhältlich oder bestellbar bei:

Hamburg University Press, Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky,
 Von-Melle-Park 3, 20146 Hamburg,
 Telefon: (040) 42838-7146, Fax: (040) 42838-3352,
 E-Mail: order.hup@sub.uni-hamburg.de

Sie können auch als Online-Dokumente auf den Webseiten des Verlags kostenlos – sogenannter *open access* – gelesen und heruntergeladen werden.

<http://hup.sub.uni-hamburg.de/reihen/hamburger-universitaetsreden-neue-folge>

IMPRESSUM

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de/> abrufbar.

Die Deutsche Nationalbibliothek hat die Netzpublikation archiviert.
Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver der Deutschen National-
bibliothek verfügbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf den Verlagsweb-
seiten frei verfügbar (*open access*):

http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP_HUR18_Hauptgebaeude

ISBN 978-3-937816-98-2 (Printausgabe)

ISSN 0438-4822 (Printausgabe)

Redaktion: Rainer Nicolaysen

Gestaltung: Patrick Schell, UHH Abt. 2

Produktion der gedruckten Ausgabe:

Elbepartner, BuK! Breitschuh & Kock GmbH, Hamburg

<http://www.hup.sub.uni-hamburg.de>

© 2012 Hamburg University Press, Verlag der Staats- und Universi-
tätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Deutschland

Abbildungen auf S. 49 und S. 61:

Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG



STAATS- UND UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY